25 Jahre Montanmitbestimmung – Faschisierung und verschärfte Ausbeutung Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 5. Juni 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Abwasserabgabegesetz

Freibrief für die Umweltverschmutzung durch die Kapitalisten

Der Rhein gehört inzwischen zu den dreckigsten, oder besser gesagt, zu den giftigsten Flüssen der Welt. Es ist seit Jahren bekannt, daß von den großen Konzernen am Rhein viele tausend Tonnen Metall, Salz, Säuren usw. in den Rhein geleitet werden. Darunter radioaktive Isotopen, krebserregende Stoffe, Nervengifte wie DDT, Arsen, Nitroverbindungen und Stoffe mit mutagener Wirkung (erbschädigende Stoffe).

Diese giftige Kloake ist hochgradig gefährlich. Sie verursacht jedes Jahr große Ernteschäden vor allem in den Niederlanden, hat den Fischbestand im Rhein weitgehend ausgemerzt und bereits 12 von ursprünglich 45 Vogelarten am Oberrhein aussterben lassen. Aber sie gefährdet auch die über 20 Millionen Menschen, die im Rheingebiet leben. Denn es ist längst bekannt und zuletzt durch ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt worden, daß bei der Aufbereitung des Rheinwassers zum Trinkwasser längst nicht alle dieser giftigen Stoffe ausgeschieden werden können.

Mit Versprechungen, diesen Zustand zu ändern, hat keine der bürgerlichen Parteien und hat auch die Bundesregierung nie gegeizt. Unter dem demagogischen Schlagwort vom „Verursacherprinzip" wurde seit Jahren allen Umweltverschmutzern der Kampf angesagt. Dieses Schlagwort klingt auf den ersten Blick vernünftig. Der Vergleich zweier Gesetze unter dem Motto „Kampf der Umweltverschmutzung" zeigt aber, daß sich dahinter nichts anderes verbirgt als das alte Prinzip „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen."

Denn nach der Logik des „Verursacherprinzips" ist sowohl der ein Umweltverschmutzer, der eine leere Zigarettenschachtel in den Rhein wirft als auch der, der tonnenweise Gift in den Rhein kippt. Wer aber eine leere Zigarettenschachtel in den Rhein wirft, der muß seit Januar dieses Jahres damit rechnen, daß er dafür 10 DM Strafe zahlen muß. Wer aber tonnenweise Gift in den Rhein kippt, braucht keinen Pfennig Strafe zu zahlen. Denn wer als Kapitalist aus Profitgier das Leben von Millionen Menschen gefährdet, der kann auch in Zukunft des Verständnisses von Regierung und Staat sicher sein.

Ein lehrreiches Beispiel dafür ist das neue Abwasserabgabegesetz, das der Bundestag in der letzten Woche verabschiedet hat. Sogar die bürgerliche Presse nannte dieses Gesetz spöttisch „Abwassereinleitungsgesetz".

Angekündigt worden war das Gesetz als „Radikalmaßnahme" gegen Betriebe und Kommunen, die Flüsse und Seen verschmutzen. Versprochen wurden saubere Gewässer und gesundes Trinkwasser. Hohe Abgaben sollten die Betriebe zwingen, ihre Abwässer selber zu reinigen. Übriggeblieben ist in dem jetzt verabschiedeten Gesetz von alledem nichts:

– Angekündigt wurde das Gesetz im Rahmen eines „Sofortprogramms" gegen die Umweltverschmutzung. Das war 1971. Jetzt haben wir 1976. Aber in Kraft treten soll das Gesetz erst in fünf Jahren, 1981.

– Angekündigt wurde ein Abgabesatz von zunächst 40 DM pro Schadeinheit, der sich auf 80 DM erhöhen sollte. (Eine Schadeinheit wird danach berechnet, wieviel Abwasser jährlich durch einen Menschen entsteht, nicht danach, wie gesundheitsgefährdend der jeweilige Stoff ist). Das verabschiedete Gesetz sieht dagegen nur noch einen Abgabesatz von 12 DM pro Schadeinheit vor.

Aber selbst diese 12 DM stehen nur auf dem Papier.

Das fängt an bei der Festlegung der Schadeinheiten. Sie werden nicht etwa von staatlichen Stellen aufgrund von Messungen festgestellt. Maßgeblich sind vielmehr die Angaben, die die Betriebe gemacht haben, um die Erlaubnis für die Ableitung von Abwässern in Gewässer zu erhalten. Wie diese Angaben aussehen, kann man sich vorstellen. Sogar der von der Bundesregierung bestellte Sachverständigenrat für die Untersuchung der Rheinverschmutzung hat festgestellt, daß die Betriebe die Angaben über ihre Abwässer als „Betriebsgeheimnis" hüten.



Von Kapitalisten verschmutzte Ostsee

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 3

Demagogische Losungen des CDU-Parteitags

Die Frage ist immer, Freiheit für wen?

Anfang letzter Woche hielt die CDU in Hannover ihren Wahlparteitag ab. Unter dem Motto „Aus Liebe zu Deutschland – Freiheit statt Sozialismus" präsentierte sich die CDU als angebliche Partei des „kleinen Mannes" und Hüterin der nationalen Interessen des deutschen Volkes. So versucht diese durch und durch reaktionäre Partei die Politik des westdeutschen Monopolkapitals zu verkaufen.

Um festzustellen, wer diese angeblichen Fürsprecher der Sorgen und Nöte unseres Volkes sind, genügt es, einige derjenigen, die in Hannover um „Vertrauen" im Hinblick auf die Bundestagswahlen baten, genauer unter die Lupe zu nehmen. Was kommt da zum Vorschein, wenn der Lack ab ist?

Helmut Kohl, Kanzlerkandidat der CDU, ist als Aufsichtsrat der rheinland-pfälzischen Landesbank in zwielichtige Geschäfte verwikkelt. Über Franz Josef Strauß braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Seine Affären sind ebenso bekannt, wie seine engen Bindungen an die amerikanischen Imperialisten und die westdeutschen Rüstungskonzerne der Flugzeugindustrie. Carl Carstens, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, war in die Waffenschiebereien des BND und seiner Tarnfirma „Merex" verwickelt. Rainer Barzel, Leiter eines antikommunistischen Kampfkomitees in den 50er Jahren, der jetzt an seinem politischen Comeback bastelt, geriet als gutdotierter „Berater" des Panzerbaukonzerns Henschel während der Betrugsaffäre „Goergens" ins Zwielicht. Stoltenberg, im Falle eines CDU-Wahlsieges zum Minister auserkoren, verdiente sich seine Sporen als Direktor bei Krupp. Generalsekretär Biedenkopf managte den Chemiekonzern Henkel (Persil). Der neue Stern am Himmel der CDU, Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht, war Finanzchef des Kapitalisten Bahlsen. Nicht zu vergessen schließlich solche Leute, wie den baden-würtembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, der den Nazis als Richter diente und noch kurz vor Kriegsende an Todesurteilen wegen „Wehrkraftzersetzung" beteiligt war. Die Reihe von direkten Vertretern des Monopolkapitals, zwielichtigen Elementen und alten Faschisten ließe sich weiter fortsetzen. Das ist also die „ehrenwerte Gesellschaft", die von sich selbst behauptet, die Freiheit und die nationalen Interessen unseres Volkes zu verteidigen.

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

Regierungserklärung der Kremlzaren

Bonner Imperialisten in Moskaus Dienste ?

Am 21. Mai veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine Erklärung der sowjetischen Regierung zu den Beziehungen zwischen Moskau und Bonn. Die Erklärung appelliert lang und breit an die westdeutschen Imperialisten, die Zusammenarbeit mit dem russischen Sozialimperialismus fortzusetzen. Diese Zusammenarbeit würde dem „Frieden dienen" – alles andere sei „Märchen" und „Lüge".

Der Grund für diesen außergewöhnlichen Appell der russischen Sozialimperialisten liegt auf der Hand: Die Menschen auf der ganzen Welt, wie auch die Bevölkerung in Westdeutschland, erkennen immer besser, daß der russische Sozialimperialismus eine aggressive und gefährliche Supermacht ist. Zudem hat sich zunehmend die Rivalität zwischen den beiden Supermächten, USA und Sowjetunion, um die Weltherrschaft verschärft. Und natürlich wirkt sich dies auch auf die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen Imperialisten, die in der NATO neben dem US-Imperialismus die führende Kraft darstellen, und den russischen Sozialimperialisten aus.

So versuchen die Kremlführer mit ihrer Regierungserklärung zum einen der westdeutschen Bevölkerung gegenüber, alle Behauptungen über Kriegsabsichten Moskaus als „Lügen" hinzustellen, zum anderen den westdeutschen Imperialismus für die Verstärkung der Zusammenarbeit mit großen Versprechungen – aber auch mit Drohungen – zu gewinnen. Dabei machen es sich die Kremlführer sehr einfach: „Die Sowjetunion", schreiben sie, „ist ein friedlicher Staat, und sie denkt nicht daran, irgendjemand zu überfallen." – Und wer das nicht glaubt, womöglich sogar das Gegenteil zu behaupten wagt, der ist eben ein „kalter Krieger", der ist „halsstarrig" und „penetrant".

Meinen die Kremlführer ernsthaft, der Überfall auf die CSSR, die militärische Besetzung der Länder des Warschauer Paktes, ihr Vorgehen im Nahen Osten, ihre militärische Einmischung in Angola, ihre Militärflotten auf allen Weltmeeren, ihre wahnsinnigen militärischen Aufrüstungen usw. – all das könne man durch die Behauptung von „friedlichen Absichten" vergessen machen? Das bevorstehende Manö-

Fortsetzung auf S. 3, Spalte 1

AUS DEM INHALT

DDR-Geschäft mit Rassisten 3
Fleischlose Tage in der Sowjetunion . 3
Bremen Druckerstreik: Entschlossener Kampf führte zum Erfolg 4
Chemie-Tarifrunde: Ein Abschluß gegen den Willen der Kollegen 5
25 Jahre Montanmitbestimmung . . . 6
Erklärung des ROTEN MORGEN zum Gemeinsamen Kommunique von KPD/ML und KPD zur Generallinie. . 7
Erklärung der „Roten Fahne" zum Gemeinsamen Kommunique von KPD/ML und KPD zur Generallinie. . 8
Kommentar zur Erklärung der „Roten Fahne" 9
Welthandelskonferenz in Nairobi . . 10
Das Volk der Sahara will in Freiheit leben 11
Barrikaden in Athen 11
Westberlin. Mieterkampf 12
Biblis: Kampf gegen KKW 12

Demagogische Losungen des CDU-Parteitags

Die Frage ist immer, Freiheit für wen?

Fortsetzung von Seite 1

Die „Freiheit" der CDU . . .

Wie alle anderen Parteien des Monopolkapitals auch, hat die CDU die Verteidigung der Freiheit des Monopolkapitals, die breiten werktätigen Massen unseres Landes auszubeuten und auszuplündern, auf ihre Fahnen geschrieben. Wir haben schon im ROTEN MORGEN (Nr. 21/76, S. 2) beschrieben, wie die CDU mit ihrer Parole „Freiheit statt Sozialismus" versucht, die Entartung der DDR aus einem sozialistischen Staat in eine sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie und des russischen Sozialimperialismus über das Volk und die vollständige Restauration des Kapitalismus in der DDR für ihre Zwecke auszunutzen. Der sozialfaschistischen Diktatur der Honecker-Clique mit Mauer und Stacheldraht verleiht sie das Etikett „Sozialismus", um die Gleichung „Sozialismus bedeutet Unfreiheit" für die Menschen in unserem Lande glaubwürdiger zu machen. Dem angeblichen Sozialismus stellt sie die bürgerliche, parlamentarische Demokratie entgegen, in der angeblich weder Klassen noch Klassenkampf existieren, dafür aber „Freiheit, Vielfalt, Eigeninitiative und Toleranz". Das soll unserer kapitalistischen Ausbeuterordnung neuen Glanz verleihen.

Dazu kommt, daß die CDU mit ihrer Parole geschickt eine typische Erscheinung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ausnutzt, um die Menschen in die Irre zu führen. Nicht umsonst griffen Kohl, Carstens und Biedenkopf in ihren Hannoveraner Reden immer wieder zu der Formel von der „Allmacht des Staates", der sie die „Freiheit des Einzelnen" gegenüberstellten. So erklärte Biedenkopf z. B „Für uns besteht Freiheit auch in den Anspruch, vom Staatlichen frei zu sein." Und die Führerin der britischen konservativen Partei fügt hinzu, wenn es so weitergehe, „werden wir eine Taschengeld-Gesellschaftsordnung haben, eine Ordnung, in der die Früchte unserer Arbeit zum großen Teil dem Staat gehören und in der wir jede Woche ein bißchen Taschengeld ausgehändigt bekommen — für unseren persönlichen Gebrauch."

Das Gerede von der „Freiheit des Einzelnen" ist durch und durch reaktionär. An wen appelliert die CDU mit dieser Parole? An den kleinen und mittleren Bauern zum Beispiel, den das Finanzkapital ruiniert und von Haus und Hof vertreibt; an den Kleinhändler und Handwerker, der unter dem Druck der Monopole in den Bankrott getrieben wird; an die Studenten, Schüler und Lehrer, denen der Kapitalismus keine Perspektive zeigt, und die von ihrer ganzen Lebenslage her zum Individualismus neigen — unter allen diesen Schichten wächst die Empörung über die kapitalistische Ausbeuterordnung, und sie drängen objektiv auf die Seite der Arbeiterklasse, zur Revolution und zum Sozialismus, dem einzigen Ausweg aus ihrer Misere. Die CDU/CSU bietet scheinbar einen anderen Ausweg. Natürlich nutzt die CDU/CSU auch hier das abschreckende Beispiel der sozialfaschistischen Diktatur in der DDR aus. Die entscheidende Frage ist, in welchen Händen die Staatsmacht liegt. „Allmacht des Staates", das heißt hier bei uns staatsmonopolistischer Kapitalismus, Unterordnung des Staates unter die Monopole, die den Staat zur direkten Einmischung in die Wirtschaft und zur Ausplünderung der breiten werktätigen Massen benutzen, um sich Höchstprofite zu sichern. „Allmacht des Staates", das heißt, Festigung der Macht und der Herrschaft eines kleines Häufleins von Ausbeutern, in deren Händen die Staatsmacht liegt, die die Unterdrükkung des Volkes und die Faschisierrung vorantreiben. Zurecht richtet sich die Empörung der Arbeiterklasse und der Werktätigen aller Klassen und Schichten immer mehr gegen den kapitalistischen Staat, gegen wachsende Steuerlasten, Teuerung und verschärfte Unterdrükkung, aber die Alternative der CDU/CSU ist falsch und verlogen. Die sozialistische Revolution, die gewaltsame Zerschlagung des ganzen kapitalistischen Ausbeuterstaates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, in der es zum ersten Mal für die überwältigende Mehrheit des Volkes Freiheit und Demokratie gibt, ist der einzige Ausweg.

Im übrigen ist es geradezu ein Hohn, wenn die CDU das Wort Freiheit in den Mund nimmt. Um das festzustellen genügt nicht nur ein Blick in die Vergangenheit, in die Ära Adenauer — auf Wiederaufrüstung, KPD-Verbot und „Blitzgesetze". Es genügt ein Blick auf die Reden eines Strauß und Dregger Es genügt darauf hinzuweisen, daß die CDU die von der SPD/FDP-Regierung betriebene Faschisierung voll und ganz unterstützt — und die Regierung höchstens kritisiert, weil sie ihr damit nicht weit genug geht.

„Aus Liebe zu Deutschland . . ."

Auch auf ihrem Wahlparteitag in Hannover hat sich die CDU als Hüterin der nationalen Interessen des deutschen Volkes aufgespielt. Auch hier zeigt sich, wie der Verrat der modernen Revisionisten an den nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes den CDU/CSU-Reaktionären in die Hände spielt. „Die deutsche Nation bleibt bestehen", rief Kohl in Hannover demagogisch aus. Dies aus dem Munde eines Vertreters der Partei zu hören, die nach dem 2. Weltkrieg Westdeutschland an die amerikanischen Imperialisten verkaufte und die Spaltung unserer Nation betrieb, ist schon eine Unverfrorenheit. Die CDU/CSU nutzt die Spaltung unserer Nation zu chauvinistischer und revanchistischer Hetze im Interesse der westdeutschen Imperialisten. Das wiedervereinigte Deutschland, von dem sie spricht, soll ein imperialistisches Deutschland sein. Aus ihnen sprechen die Träume des deutschen Imperialismus, erneut zur Weltmacht aufzusteigen. In diesem Zusammenhang muß man auch den mit Bedacht inszenierten Aufmarsch der Führer verschiedener reaktionärer europäischer Parteien in Hannover sehen. In diesem Zusammenhang proklammierte die CDU ganz offen den Herrschaftsanspruch der westdeutschen Imperialisten in Westeuropa, etwa als Strauß davon sprach, von den Bundestagswahlen werde ein entscheidender Impuls ausgehen, ein „sozialistisches Deutschland in einem marxistischen Europa" zu verhindern.

Als Partei des Monopolkapitals ist die CDU treuer Diener ihrer Herren. Weder ihre Parolen noch die aller anderen bürgerlichen Parteien zeigen unserem Volk einen Ausweg aus den vor uns liegenden Schwierigkeiten und Problemen. Der Ausweg kann nur sein, den Kampf für die sozialistische Revolution in beiden Teilen Deutschlands, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu verstärken.

Abwasserabgabegesetz

Freibrief für die Umweltverschmutzung durch die Kapitalisten

Fortsetzung von Seite 1

Da aber die Existenz von Abwässern natürlich nicht vollständig geleugnet werden kann, sorgt ein sorgfältig gesponnenes Netz von Ausnahmeparagraphen dafür, daß selbst dieser von den Kapitalisten selbst festgelegte Abgabesatz nicht oder zumindest nicht vollständig gezahlt zu werden braucht.

Da gibt es einmal den §9, Abs. 6. Er sieht im „Härtefall" den vollständigen oder teilweisen Erlaß der Abgabe vor. Da bekanntlich alle Kapitalisten, wenn es um Umweltschutz geht, erklären, sie könnten keine Reinigungsanlagen einbauen, weil sie sonst bankrott gingen, dürfte es ihnen nicht schwer fallen, nun auch diesen „Härtefall" auf sich anzuwenden.

Darüber hinaus könnten sie es etwa mit dem §10, Abs. 3 versuchen. Danach wird die Abgabe nämlich ebenfalls vollständig erlassen, wenn die Inbetriebnahme einer Kläranlage innerhalb der folgenden drei Jahre angekündigt wird. Und zwar wird von dieser Kläranlage lediglich verlangt, daß sie 20% der (von den Kapitalisten ja selbst veranschlagten!) Verunreinigungen beseitigt.

„beratende" Mitwirkung bei der Vergabe der Gelder, die von ihnen und vor allem von den Kommunen kommen, empfiehlt. Zum anderen aber, indem es die Zahlung von „Finanzierungshilfen" vorsieht. Dazu erklärten die Abgeordneten, die dem Bundestag das Gesetz vorstellten: „Die Wirkung, die allein von der Erhebung der Abgabe ausgeht, kann in umweltpolitisch oder wirtschaftlich begründeten Fällen durch Finanzierungshilfen ‚aufgestockt' werden."

Zusammenfassend zeigt sich also, daß es dem Staat bei seinen Umweltschutzgesetzen keineswegs um die Sauberkeit der Umwelt und die Gesundheit des Volkes geht. Davon ist nur die Rede, wenn es darum geht, den Werktätigen über neue Bußgeldverordnungen wieder einmal mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Geht es aber um die Kapitalisten, die jedes Jahr rund 250 000 Tonnen Abfall allein in den Rhein kippen, dann ist das oberste Prinzip keineswegs die Sauberkeit der Gewässer, die Sauberkeit des Trinkwassers und die Gesundheit der Bevölkerung, dann ist das oberste Prinzip allein das Profitinteresse der Kapitalisten.



Kinder spielen am verdreckten Rheinufer bei Duisburg

Ein anderer, wie im Bundestag erklärt wurde, „bedeutsamer Zusatz" zum ursprünglich angekündigten Gesetz ist der §9, Abs. 5. Er sieht vor, daß für sogenannten Restschmutz lediglich die Hälfte des Abgabesatzes zu zahlen ist. Was es mit diesem „Restschmutz" auf sich hat, kann man sich leicht vorstellen, wenn bereits die Beseitigung von 20% reicht, um die Zahlung der Abgabe ganz erlassen zu bekommen.

Last not least gibt das Gesetz allen Kapitalisten, denen diese Paragraphen immer noch nicht genügen, noch den Wink mit dem Zaunpfahl, daß im Gegensatz zur Ableitung von Abwässern in Flüsse und Seen ihre Ableitung in den Boden abgabefrei ist!

Wie man sieht, könnte wirklich nur hochgradige Dummheit der Grund dafür sein, wenn trotz dieses ausgeklügelten Paragraphensystems doch noch ein Kapitalist Abgaben größeren Umfangs zahlen sollte.

Aber das Gesetz schützt die Kapitalisten nicht nur vor der Zahlung von Abgaben, es sieht gleichzeitig vor, daß die Kapitalisten Geld bekommen. Einmal, indem es ihre

Die Profite des Kapitals sind dem kapitalistischen Staat heilig. Das geben manchmal sogar bürgerliche Zeitungen zu. So schrieb die „Süddeutsche Zeitung" 1971, als das erste Umweltschutzprogramm der Bundesregierung vorgelegt wurde: „Auf dem Gebiet der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie haben die Umweltschützer bereits das Hauptproblem erkannt: In einer Gesellschaft, die wie die unsrige die Profiterwartung als Hauptkriterium für Produktionsentscheidungen gelten läßt, ist wirksamer Umweltschutz unmöglich."

Eben deshalb ist Kampf für besseren Umweltschutz aber auch Klassenkampf. Das Umweltschutzproblem kann endgültig gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse die Kapitalisten, die in ihrem Profitstreben die Umwelt vergiften, verjagt, wenn sie den Staat, mit dem die Kapitalisten ihr Profitstreben gegenüber den Werktätigen durchsetzen, stürzt und auf seinen Trümmern einen neuen Staat errichtet, der die Interessen der Werktätigen auf allen Gebieten, auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes, durchsetzt.

Kurz berichtet

MAINZ

Die ROTE GARDE Mainz gab im Mai die erste Nummer ihrer Berufsschulzeitung „Reih Dich ein!" heraus. Im Leitartikel stellt sich die ROTE GARDE vor und zieht einen klaren Trennungsstrich zum modernen Revisionismus der D„K"P/SDAJ. Weiter gibt es Artikel zur Lage der Jugend in den kapitalistischen Ländern und in der VR Albanien, sowie eine Einladung zum großen Pfingstzeltlager.



TRIPPSTADT/PFÄLZERWALD

Angeblich wegen „Waldbrandgefahr" hat die Landespflegebehörde in Kaiserslautern das angekündigte Pfingstzeltlager der ROTEN GARDE verboten. In einem Flugblatt entlarvt die ROTE GARDE, daß auf dem gleichen Platz bereits das Rote Kreuz, die Sportjugend und Gewerkschaftsjugend wie auch die modernen Revisionisten Zeltlager abhielten, ohne daß die Behörden wegen „Waldbrandgefahr" Angst bekommen hätten, und zeigt auf, wieso gerade die Zeltlager der ROTEN GARDE verboten werden.

GIESSEN

Auf Initiative von Genossen hat eine ganze Schulklasse, die im Deutschunterricht Märchen behandelte, einen iranischen Genossen eingeladen, der anhand des persischen Märchens „Der kleine schwarze Fisch" über die faschistische Unterdrückung im Iran berichtete. Anhand dieser Deutschstunde wurde vielen Schülern klar, was Faschismus bedeutet, und warum die westdeutschen Imperialisten mit dem faschistischen Schahregime zusammenarbeiten.

BREMEN

Zu den Prozessen gegen den ROTEN MORGEN führte die Ortsgruppe Bremen eine Veranstaltung durch, auf der ein Prozeßbeobachter über die Verhandlung berichtete. Ein Altgenosse erinnerte in der Diskussion an den Reichstagsbrandprozeß gegen Dimitroff. 182 DM wurden zur Unterstützung des ROTEN MORGEN gesammelt.

WESTBERLIN

Mehr als 1 000 DM zur Unterstützung Kambodschas haben Genossen des KSB/ML in den letzten sechs Wochen gesammelt. Dabei entwickelten sie viel Initiative: Gemeinsam gingen sie zum Blutspenden, sammelten auf der Straße, sprachen Bekannte und fortschrittliche Professoren an. „Wir schreiben das nicht, um uns auf die Schulter zu klopfen", heißt es in ihrem Brief, „sondern wir denken, daß es für viele Rotgardisten und alle Genossen einer Überlegung wert ist, Ähnliches durchzuführen."

BOCHUM

21 Freunde und Sympathisanten kamen zum Arbeitertreff der Partei, auf dem Genosse Jochen Beyer, der als Leiter der Delegation revolutionärer Arbeiter aus der Bundesrepublik an den Feiern zum 1. Mai in der VR Albanien teilgenommen hatte, über seine Reise berichtete. Nach seinem Referat, das begeistert aufgenommen wurde, wurde ein Film über das sozialistische Albanien gezeigt. 100 DM für die Prozesse gegen den ROTEN MORGEN kamen bei einer Spendensammlung zusammen.

Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt . . .

Mehr Polizei - mehr Verbrechen

Nordrhein-Westfalen soll noch mehr Polizei bekommen! Die Zahl der Polizisten soll von jetzt 36 000 um weitere 6 000 auf 41 000 erhöht werden. Damit wird Nordrhein-Westfalen dann das erste Land in der Bundesrepublik sein, bei dem 1 Polizist auf 400 Einwohner kommt. Das ist mehr Polizei als in jedem anderen Land in Westeuropa!

Polizeistaat? Davon will die Regierung nichts hören. Sie erklärt, die fortwährende Verstärkung der Polizeikräfte und ihrer Bewaffnung entspringe allein ihrer Sorge um den „Schutz des Bürgers".

Wie es mit diesem „Schutz des Bürgers" aber in Wirklichkeit aussieht, zeigt die jüngste Kriminalstatistik mehr als deutlich. Insgesamt ist die Zahl der Verbrechen nämlich 1975 gegenüber 1974 um 200 000 Fälle angestiegen! (Von rund 2,7 Mio. auf rund 2,9 Mio.). Gestiegen sind insbesondere Fälle von Raubmord (um 24,6%) und Rauschgifthandel und Rauschgiftschmuggel (17,4%). Gesunken ist allein die Aufklärungsquote der Verbrechen. Und zwar von 45,6% auf 44,8%.

Wenn die Regierung also behauptet, mehr Polizei - weniger Verbrechen, dann zeigt die Wirklichkeit, daß es genau andersherum ist: mehr Polizei — mehr Verbrechen.

Die Polizei hat also offensichtlich andere Aufgaben als das Volk vor den Verbrechen zu schützen. Wie diese anderen Aufgaben aussehen, konnte man zuletzt beim Streik der Drucker sehen. Die Aufgabe der Polizei ist es — und allein aus diesem Grund wird sie immer weiter verstärkt und immer mehr bewaffnet — gegen streikende Arbeiter vorzugehen, gegen Demonstranten vorzugehen, Kommunisten und andere revolutionäre Menschen zu jagen. Mit einem Wort: die Ausbeuterklasse vor den revolutionären Kämpfen der Ausgebeuteten zu schützen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Rhodesien

DDR-Geschäft mit Rassisten

Auch während des 9. Parteitages der revisionistischen SED brüstete sich die Honeckerclique lauthals mit ihrer angeblichen Solidarität mit den unterdrückten Völkern und Nationen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Wollte man ihnen Glauben schenken, so hätten die um ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus kämpfenden Völker und Nationen keinen besseren Freund als gerade die Honeckerclique.

Was es allerdings mit dieser Freundschaft auf sich hat, erhellte schlaglichtartig ein Londoner Gerichtsurteil, über das dieser Tage verschiedene bürgerliche Zeitungen berichteten. Ein englisches Gericht verurteilte die britische Niederlassung des VEB Carl Zeiss Jena wegen Bruch des Handelsembargos mit dem rhodesischen rassistischen Regime zur Zahlung eines Bußgeldes. Während also das Volk von Zimbabwe mit dem Gewehr in der Hand für seine Freiheit, für den Sturz des faschistischen Regimes Ian Smiths kämpft, macht die neue Bourgeoisie der DDR in aller Stille Geschäfte mit den Rassisten. Sie fällt damit nicht nur dem Volk von Zimbabwe in den Rücken, sondern bricht auch die internationale Solidarität der Völker mit dem Befreiungskampf des zimbabwischen Volkes.

Mehr als einmal beschloß die überwältigende Mehrheit der UNO die Verhängung eines vollständigen Boykotts und den Abbruch aller Arten von Beziehungen zu den rhodesischen Rassisten. Mehr als einmal brandmarkte die überwältigende Mehrheit der UNO diejenigen imperialistischen Staaten, die das rhodesische Regime offen oder heimlich unterstützen, wie z.B. die westdeutschen Imperialisten. Und während die Repräsentanten der Honeckerclique in der UNO ihre Hand für die Verurteilung des rassistischen Regimes hoben, wickelte die „Weltfirma" VEB Carl Zeiss Jena ihre Geschäfte mit Ian Smith ab. Daß sie dabei die südafrikanischen Rassisten als „Vermittler" einspannten, um die britischen Gesetze zu umgehen, wirft ein weiteres bezeichnendes Licht darauf, welcher Motor die neue Bourgeoisie zu solchen Geschäften treibt. Ebenso wie die westlichen Imperialisten treibt sie die Jagd nach den Höchstprofiten, die Gier nach der Ausplünderung der Reichtümer anderer Länder, der Versuch, sich überall festzusetzen, um die Völker auszusaugen und sich an ihrem Schweiß und Blut zu mästen.

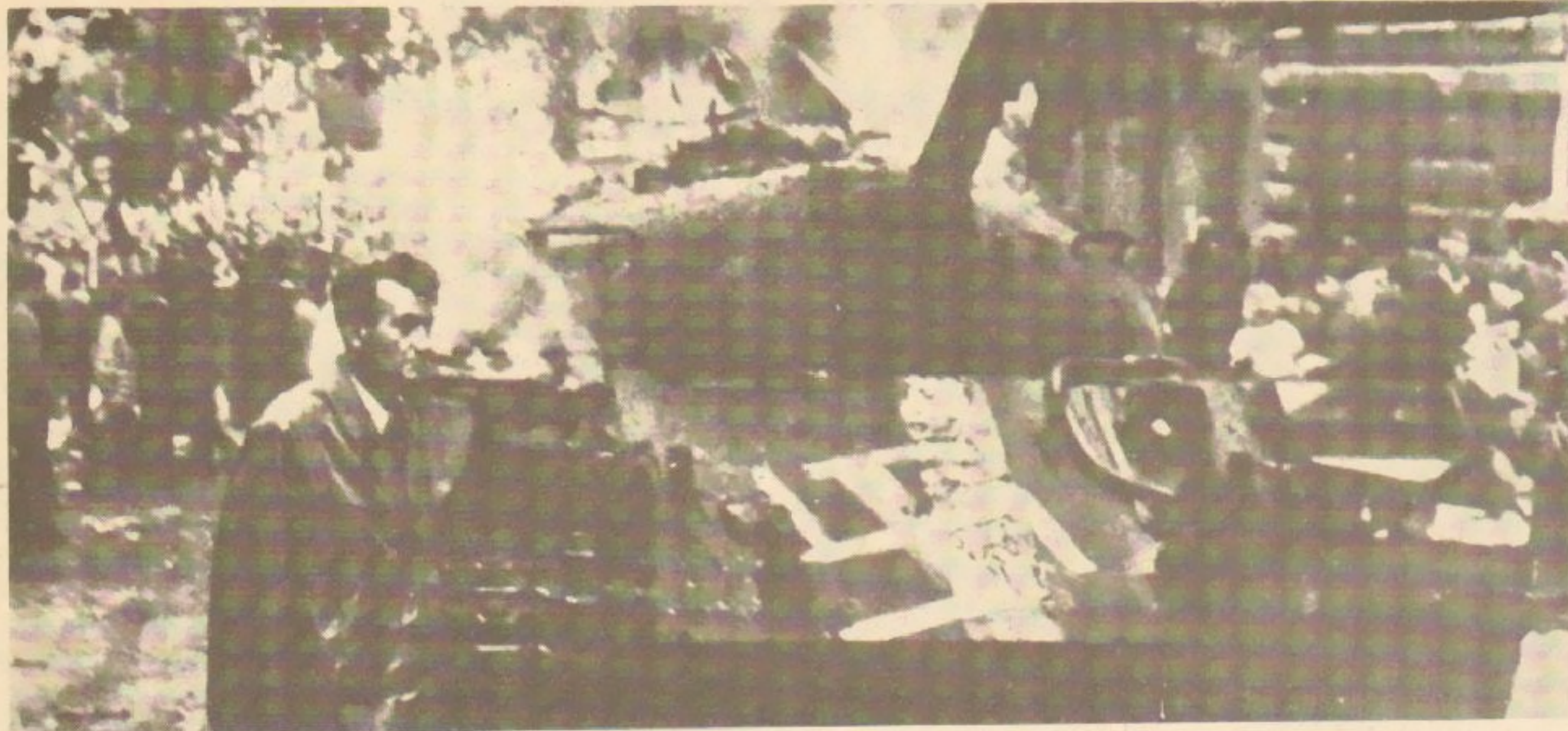
Die neue Bourgeoisie handelt dabei sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch im Interesse des russischen Sozialimperialismus und als Werkzeug seiner Weltherrschaftspläne. Das Geschäft des VEB Carl Zeiss Jena mit dem rhodesischen rassistischen Regime ist daher auch kein Einzelfall. Alle Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der russischen Sozialimperialisten und ihrer Satelliten mit den Ländern der Dritten Welt sind neokolonialistische Beziehungen, die dem Streben der Völker nach Unabhängigkeit und Freiheit direkt entgegengesetzt sind. Als Vasall der russischen Sozialimperialisten folgt die Honeckerclique nur den Spuren ihres Herrn und Meisters. Wenn Moskau seine Geschäfte mit den reaktionärsten Regimes macht, den indonesischen Faschisten und dem reaktionären jordanischen König Waffen liefert, den israelischen Zionisten Tausende von Menschen – da findet man auch an einem Geschäft mit Ian Smith nichts Ehrenrühriges.

Regierungserklärung Moskaus

Fortsetzung von Seite 1

ver „Norden" spricht ebenfalls eine deutliche Sprache: Vom 14. bis 18. Juni wird dieses Manöver mit 25 000 Soldaten im Grenzgebiet von Finnland abgehalten. Wollen sie vielleicht auch da behaupten, ihnen drohe von Finnland Gefahr, das weder Mitglied der NATO ist, noch über einen eigenständigen starken Militärapparat verfügt, das vielmehr bereits stark unter dem Einfluß des russischen Sozialimperialismus steht? schen Sozialimperialisten dem westdeutschen Imperialismus für seine Unterstützung ihrerseits behilflich waren, zur stärksten imperialistischen Macht in Westeuropa aufzusteigen. Weiterhin wird von den Kremlzaren vorgerechnet, daß sie dem Viermächte-Abkommen um Berlin zugestimmt haben und dafür die weitere Unterstützung vom Nachbarn in Bonn erwarten, sie anderfalls Bonn Schwierigkeiten bereiten werden: „Das Vierseitige Abkommen orientiert in seinen Grund- „unumkehrbar" werden. Die westdeutschen Imperialisten sollen sich also von der Vorherrschaft des US-Imperialismus lösen und in die Dienste des russischen Sozialimperialismus treten.

Daß solche Pläne auf den schärfsten Widerstand des deutschen Volkes stoßen, wissen auch die russischen Sozialimperialisten. So legten sie den Zeitpunkt der Veröffentlichung ihrer Regierungserklärung auf den 21. Mai – einen Tag bevor in Bonn die D„K"P-Revisionisten



1968: Sowjetische Panzer besetzen Prag – 1976: Zitat aus der Regierungserklärung: „Die Sowjetunion denkt nicht daran, irgendjemand zu überfallen."

Dieser „friedliche Staat Sowjetunion" ist in Wirklichkeit eine wilde aggressive Supermacht, die überall auf der Welt Unruhe stiftet, in dem ständigen Bestreben, der anderen Supermacht, den USA, die imperialistische Weltherrschaft streitig zu machen. Die Regierungsnote an die Bonner Regierung ist im Grund nichts anderes als die Aufforderung, die russischen Sozialimperialisten bei ihren Raubzügen zu begünstigen. Bis ins Einzelne rechnen die russischen Sozialimperialisten den westdeutschen Imperialisten vor, was ihnen die bisherige Zusammenarbeit unter der Fahne der „Entspannung" bereits eingebracht habe und machen dabei weitere Versprechungen. So heißt es in der Regierungserklärung: „Die Bereitschaft, ihre Politik entsprechend den in der Welt entstandenen Bedingungen zu gestalten, ermöglichte es der Bundesrepublik, den ihr gebührenden Platz im System der internationalen Beziehungen einzunehmen."

Gemeint ist damit, daß die russilagen auf normale, gutnachbarliche Beziehungen der BRD zur Sowjetunion ... Es kann lediglich in einem Kontext, und nur in einem solchen, erfolgreich funktionieren." Diese Drohung richtet sich nicht nur an die Adresse der westdeutschen Imperialisten, sondern auch an die US-Imperialisten, die ebenfalls an Westberlin großes Interesse haben. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht rechnen die russischen Sozialimperialisten vor, daß die Zusammenarbeit mit ihnen auch für die westdeutschen Imperialisten zu Buche geschlagen ist: Während der letzten fünf Jahre habe sich das gemeinsame Außenhandelsvolumen verfünffacht und es könne sich in den nächsten Jahren wiederum verdoppeln.

Was die russischen Sozialimperialisten für alle diese Angebote fordern, lassen sie keineswegs offen: Der sogenannten „Entspannungspolitik" soll der „notwendige Schwung verliehen" werden und der Kurs „langfristiger Zusammenarbeit" eingeschlagen werden. Dieser Weg soll samt ihrem Anhang für „Entspannung" und „Zusammenarbeit" demonstrierten. So sollte dies Demonstration, an der 20 bis 30 000 Menschen teilnahmen, zugleich den Eindruck erwecken, als seien die Moskauer Pläne von „Entspannung" und „Zusammenarbeit" im Interesse der Werktätigen. Tatsächlich aber zeigt diese Demonstration der Revisionisten ein weiteres Mal, daß diese Verräter nicht nur Agenten des westdeutschen Imperialismus in der Arbeiterbewegung sind, sondern daß sie zugleich auch eine 5. Kolonne des russischen Sozialimperialismus in Westdeutschland sind. Die deutsche Arbeiterklasse aber will weder die Vorherrschaft des russischen Sozialimperialismus noch die Vorherrschaft des US-Imperialismus, sondern sie wird im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland den westdeutschen Imperialismus, wie auch das Honecker-Regime stürzen und alle Imperialisten aus Deutschland verjagen.

Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen...

In der UZ vom 22. 5. dankt der Ortsvorstand des MSB Spartakus allen Freunden und Genossen zum 5jährigen Bestehen seines Verbandes.

Um sich einen revolutionären Anstrich zu geben, bemüht man dazu den unvergessenen Karl Liebknecht, natürlich indem man ihn so verfälscht, wie man es benötigt.

„Denn Spartakus, das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat ...", heißt es da fettgedruckt.

Welches sind die Worte, die der „Spartakus" hinter den Pünktchen verbergen muß?

Einen Tag vor seiner Ermordung schreibt Karl Liebknecht über den revolutionären Spartakusbund, aus dem die KPD hervorgegangen ist:

„Denn Spartakus, das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats!"

Fleischlose Tage in der Sowjetunion

Die Breschnew-Clique hat per Dekret beschlossen, daß die Werktätigen in der Sowjetunion an bestimmten Tagen kein Fleisch mehr bekommen sollen.

Das ist ein offenes Eingeständnis, daß die gleiche bürgerliche Clique, die mit Chruschtschow unter der Parole des Gulasch-Kommunismus den Kampf gegen die Diktatur des Proletariats antrat, nach wenigen Jahren der Herrschaft nicht einmal mehr die elementarsten Lebensbedürfnisse des Volkes befriedigen kann. Und es nicht das einzige Eingeständnis. Bereits vor längerer Zeit pflegten Zeitungen und Radiostationen die Bäcker des Landes dazu aufzurufen, die Brötchen kleiner zu backen. Bereits zweimal innerhalb weniger Jahre stand die Sowjetunion trotz der Hunderte Millionen Hektar nutzbaren Bodens, trotz der endlosen Weiten von Wäldern und Weiden, trotz Millionen von Arbeitskräften am Rande des Hungers. Nur die Einfuhr von Getreide verhinderte eine Hungerkatastrophe für das Volk. Nach dem neuen Dekret der Breschnew-Clique zu schließen, wird die Sowjetunion bald auch Schweine und Rinder einführen müssen.

Was schließlich die anderen Lebensmittel anbelangt, sieht die Lage nicht besser aus. Jeden Tag mangelt es auf dem sowjetischen Markt an Gemüse und Obst. Angesichts dieser Lebensmittelknappheit kam es in verschiedenen Gebieten der Sowjetunion bereits zu Revolten. Nachrichtenagenturen melden, daß es in Riga, Rostow und Kiew aus Protest gegen Lebensmittelmangel zu Streiks gekommen ist.

Hieran zeigt sich: die Verräter der neuen bürgerlichen Klasse in der Sowjetunion können zwar lange Reden darüber halten, daß die Sowjetunion heute bald den Kommunismus erreicht hat. Die Tatsachen beweisen, daß sich dieser angebliche „Sozialismus" in nichs vom Elend der Massen in den kapitalistischen Ländern unterscheidet. Höchstens darin, daß das Elend der Werktätigen in der Sowjetunion heute noch größer ist als in manchen westlichen kapitalistischen Ländern.

Dekadente Musik wie im Westen

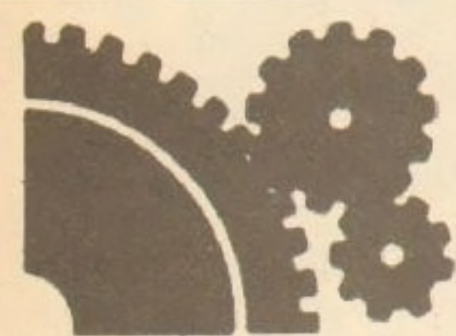
Die neue Bourgeoisie in der DDR läßt nichts unversucht, um die Jugend zu entarten und unpolitisch zu machen. Sie fördert und pflegt die westliche dekadente Literatur, Kunst und Musik. Alkoholismus und andere Unsitten sind weit verbreitet.

„Soviel ausländische Musik hört man jetzt im ostdeutschen Rundfunk", schreibt eine westliche Zeitung, „soviel amerikanische Stücke werden jetzt von ostdeutschen Beatgruppen aufgeführt, daß die Musikfans sagen, die SED habe die Losung ausgegeben: ‚Singt englisch, Genossen!'" Auch für die Schlagerstars und -sternchen der Bundesrepublik ist die DDR zu einem beliebten Aufenthaltsort geworden. Katja Ebstein durfte ihre Schnulzen zur Unterhaltung der neuen Bourgeoisie der DDR sogar während der Eröffnung des „Palastes der Republik" zum besten geben. In den Diskotheken in Leipzig, Cottbus und anderswo sind die Schnulzen eines Roy Black und das Gestammel eines Udo Lindenberg der letzte Schrei. Sie gehören zum festen Repertoire der Diskjockeys. Die neue Bourgeoisie der DDR scheut keine Kosten, um die Jugend in den Sumpf der entarteten westlichen Kunst zu ziehen. Die Schlagersängerin Paola aus der Schweiz bestätigte kürzlich: „Ich bin nie zuvor in einer so aufwendig produzierten Show aufgetreten – mit einer Dekoration, die an alte Hollywoodfilme erinnert und mit einem phantastischen Ballett." Zehntausende Mark, zur Hälfte in DM ausbezahlt erhielt der deutschsingende griechische Schlagersänger Costa Cordalis für einen viertelstündigen Auftritt in Ostberlin.

„Überall aus den Transistorradios und Kassettenrekordern der auf dem Hauptbahnhof in Dresden herumlungernden Jugendlichen", schreibt eine westliche Zeitung, „dröhnen die ohrenbetäubenden Rhythmen der Elektrogitarren. In der Bar ‚Treff 71' in Leipzig ist amerikanische Musik des letzten Schreis zu hören." Um diesen Schund der dekadenten bürgerlichen Kultur aufzutischen, setzt die neue Bourgeoisie der DDR einen großen Teil der Medien ein. So propagiert z. B. die Rundfunkzeitschrift „DT 64" die englischen Musikstars und hebt die Nachahmungen hervor, die den Gruppen der DDR gelungen sind. In den Jugendmagazinen propagieren die modernen Revisionisten den „Gammellook" der westlichen Pop- und Beatgruppen und stellen ihn der Jugend als Vorbild hin. Die Honecker-Clique, die sehr darum besorgt ist, daß die Jugend gegen die sozialfaschistische Ausbeutung und Unterdrückung rebelliert und sich der Revolution und dem Marxismus-Leninismus zuwendet, baute in den Jahren 1971 bis 1974 2 000 neue Jugendclubs und verdoppelte damit deren Zahl. In diesen Clubs findet man von enthemmter Musik über Kriminalromane bis hin zur Pornographie alles.

Auf diesem Weg versucht die neue Bourgeoisie der DDR ihre Herrschaft zu festigen und aufrecht zu erhalten und die Jugend von der Revolution abzuhalten.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Solidarität verhindert Entlassung

Liebe Genossen!

Die AG-Weser-Kapitalisten versuchen mit allen Mitteln die Krise auf dem Tankermarkt – Folge ihrer hemmungslosen Profitjagd – auf unsere Knochen abzuwälzen. So versuchen sie zur Zeit massiv Kollegen zur Kündigung zu drängen, sie zu kündigen bzw. im Lohn abzubauen. Typisch dafür ist, was wir über den Fall eines türkischen Kollegen gehört haben.

Er arbeitete seit 7 Jahren als E-Schweißer auf der Werft, hat beide Prüfungen bestanden, jahrelang im Schiffbau gearbeitet und immer die seiner Lohngruppe entsprechende Akkordquote von 55% erfüllt. Weil er sich nicht die Butter vom Brot nehmen ließ und sich für seine Kollegen einsetzte, bekam er seit 7 Jahren keine höhere Lohngruppe. Als er sich darüber bei seinem Meister – zusammen mit seinen Kollegen – beschwerte, kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung, weil der Meister sagte, daß er faul sei. Schließlich wird ihm gesagt, er solle sich beim Personalbüro melden.

Dort wird ihm zum ersten Mal gedroht. „Entweder Sie kündigen von sich aus, oder wir kündigen Sie!" So geht das dann fast jede Woche. Der Kollege läßt sich aber nicht einschüchtern und kündigt auch nicht.

Dann wird er auf einmal zu einer anderen Abteilung versetzt. Ziel ist: Ihn von einer Abteilung in die andere abzuschieben, um ihn nachher als „unfähig" entlassen zu können. Der Meister der neuen Abteilung versucht sogar, den Kollegen zu verbieten, daß sie mit ihm reden; er sucht jeden Vorwand, um ihn wieder loszuwerden. Schließlich erhält er von der Werft die schriftliche Kündigung mit dem Angebot, ihn zu einer Lohngruppe tiefer wieder einzustellen. Außerdem soll er wieder in eine andere Abteilung versetzt werden. Der Betriebsrat hat diese Änderungskündigung natürlich mit unterschrieben.

Doch die AGW-Kapitalisten und ihre Handlanger haben ihre Rechnung ohne die Kollegen gemacht: Die Vertrauensleutewahlen stehen an und die Kollegen der neuen Abteilung wählen ihn zu ihrem Vertrauensmann. Und das, obwohl er nicht auf der vom Betriebsrat vorher fertiggestellten Kandidatenliste steht. Den Kollegen gelingt es aber durchzusetzen, daß er auf der Liste nachgetragen wird. Weil er sich auch in der neuen Abteilung um die Sorgen und Nöte seiner Kollegen gekümmert hat, wird er mit überwältigender Mehrheit zum Vertrauensmann gewählt.

Dadurch und weil er Klage gegen die Kündigung beim Arbeitsgericht erhebt, erreicht er, daß er nicht zum zweitenmal in eine andere Abteilung abgeschoben wird. Sechs Kollegen melden sich – trotz zu erwartender Repressalien der Werftleitung – spontan als Zeugen für den Arbeitsgerichtsprozeß. Wenn er und seine Kollegen sich hätten einschüchtern lassen, stünde er schon heute vor dem Tor.

Dieser Vorfall ist auch deshalb besonders wichtig, weil die Werftkapitalisten zur Zeit einen Abbau der Lohngruppen in großem Ausmaß planen. So sollen z.B. an Bord, wo viele Schweißer die Lohngruppen 9 und 10 haben, die Zeiten neu berechnet werden und zwar so, daß die hohen Lohngruppen ihren Akkord nicht mehr schaffen können und die unteren Lohngruppen die Zeiten schaffen müssen, die bisher die hohen Lohngruppen schaffen mußten. Dieses Beispiel wird allen davon betroffenen Kollegen zeigen: Nur im Vertrauen auf die eigene Kraft, nur im revolutionären Kampf gegen die Werftkapitalisten und ihre Handlanger im Betriebsrat werden wir Erfolg haben.

Ein Genosse aus Bremen

Faschistische Unterdrückung im Opel-Wohnheim

Am Montag, dem 17. 5., erschienen kurz nach 23 Uhr zwei Zivile von der Wach- und Schließgesellschaft im Zimmer eines Kollegen im Opel-Wohnheim in Rüsselsheim. Sie forderten ihn auf: „Komm sofort mit. Du bist nicht zur Nachtschicht erschienen. Wenn du dich wehrst, dann rufen wir sofort in Mainz (Überfallkommando) an." Dem Kollegen blieb nichts anderes mehr übrig, als mit den Zivilen zum Telefon zu gehen, um seine Abteilung anzurufen. „Halt die Schnauze, hier bestimmen wir!" fauchten ihn die Wach- und Schließmänner an, als er selber die Nummer wählen wollte. In diesem Augenblick stellte der Kollege auch fest, daß diese Kapitalistenknechte mit Schlagringen ausgerüstet waren. Am Telefon beschwerte sich der Opel-Arbeiter bei seinem Vorarbeiter: „Seit wann ist es üblich, daß man mit solchen Methoden zur Arbeit geholt wird?" – Aus Protest gegen diesen faschistischen Anschlag ging er dann drei Tage nicht zur Arbeit.

Die Geschichte von dem Auftauchen der Wach- und Schließgesellschaft, um einen Kollegen an die Arbeit zu kriegen, verbreitete sich wie ein Lauffeuer in dem Wohnheim. Die Empörung über diese Unterdrückungsmaßnahmen der Opel-Kapitalisten war so groß, daß vier weitere Arbeiter drei Tage nicht zur Arbeit gingen.

Warum wollte der Kollege an diesem Abend nicht zur Arbeit gehen? Er hatte seinen guten Grund. Schon vor längerer Zeit hatte ein bestimmtes Mitglied der Heimleitung ihm gegenüber gesagt: „Bei euch da oben ist ein rotes Nest." Seit der Zeit konnte man im Heim auch manchmal hören: „Kommunistenschweine raus!"

An dem Montag, als die Zivilen von der Wach- und Schließgesellschaft aufkreuzten, hatte sich der Kollege von dem besagten Mitglied der Heimleitung sagen lassen müssen: „Dein Gesicht gefällt mir schon lange nicht. Dich kriege ich hier auch noch raus." Aus Protest gegen diese Provokation hatte der Kollege beschlossen, nicht zur Arbeit zu gehen. Es spricht alles dafür, daß dieses Mitglied der Heimleitung am gleichen Abend auch die Wach- und Schließgesellschaft mobilisierte, um den Kollegen gewaltsam zur Arbeit zu bringen.

Die Lehren aus solch einem Vorfall: Jeder Kollege, der davon hörte, war maßlos empört, selbst wenn die Kollegen vom Kommunismus noch wenig wußten. Viele sagten: „Erzähl mir das noch mal, sonst glaub ich das nicht." Die KPD/ML hat auch dazu beigetragen, die Empörung darüber zu verbreiten, denn der Kollege wandte sich sofort an unsere Partei, weil er weiß, daß die KPD/ML immer die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Dadurch war es einem Genossen möglich, über diesen Vorfall in seiner Abteilung eine kurze Rede vor 30 Kollegen zu halten und damit den Haß gegen das kapitalistische System zu schüren. Dadurch, daß sich eine ganze Reihe von Kollegen solidarisierten, sind sie in direkten Kontakt zu unserer Partei getreten. Ihnen ist in ganz kurzer Zeit klarer geworden, daß der Kapitalismus zerschlagen werden muß, um die Freiheit für das arbeitende Volk zu erringen.

Rot Front! Genosse aus Rüsselsheim.

Skat-Groschen für die Rote Hilfe

Ich arbeite in einem mittelgroßen Betrieb. Bei uns werden mit gutem Erfolg Rote-Hilfe-Zeitungen verkauft. Mittags spielen wir in der Kantine meistens Skat mit anderen Kollegen. Und da haben wir eine gute Idee gehabt: Jetzt steht nämlich auf unserem Tisch eine Spendendose der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS und wer beim Skat verliert, zahlt in die Dose. Wir spielen um „1/4 Pfennige". Jetzt haben wir in wenigen Wochen schon über 50 DM zusammengespielt. Zwei Kollegen haben uns gefragt, wofür wir da sammeln würden. Als wir ihnen das erklärt haben, haben sie spontan auch gleich für die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS gespendet.

Rot Front, ein Genosse

Bremen: Druckerstreik

Entschlossener Kampf führte zum Erfolg

Zu Beginn der Spätschicht am Freitag, dem 21. Mai, standen die Maschinen, mit denen die beiden einzigen Tageszeitungen von Bremen gedruckt werden, still. Die Drucker und Setzer von den „Bremer Nachrichten" und vom „Weser Kurier" streikten erneut, weil der Bremer Pressezar Hermann Meyer, dem seit 2 Jahren beide Betriebe gehören, den Arbeitern die 6% Tarifabschluß auf die außertariflichen Zulagen anrechnen und ihnen damit sogar noch diese 6%, die nicht einmal eine effektive Lohnerhöhung darstellen, aus der Tasche ziehen wollte.

Er hatte damit gerechnet, daß die Drucker und Setzer nach dem Streik und dem 6%-Ergebnis resigniert seien und es für ihn ein Leichtes sein würde, den Arbeitern jetzt auch noch die 6% zu rauben. Aber da hatte er sich gründlich getäuscht. Zwar haben der Gewerkschaftsapparat, Rundfunk und Fernsehen versucht, die Kampfkraft und das Kampfbewußtsein der Kollegen zu spalten, die Arbeiter zu demoralisieren und sie zur Resignation zu treiben, und sie haben es auch geschafft, den 6%-Lohnraubabschluß durchzusetzen; aber das Ergebnis des Druckerstreiks waren eben nicht nur die 6%, sondern in erster Linie die gewachsene Einheit der Arbeiter, ihre gewachsene Stärke auf Grund ihrer Kampferfahrungen mit der Polizei und dem Verrat des Gewerkschaftsapparates.

Der Druckerstreik hat den Kollegen deutlich vor Augen geführt, auf welcher Seite der Barrikade der Gewerkschaftsapparat steht und für welche Interessen er kämpft. Ein Kollege sagte: „Das zahlt sich heute aus, wo wir zum ersten Mal in beiden Betrieben ohne und gegen die Gewerkschaftsführung streiken. Zum ersten Mal haben wir das Heft in der Hand." Dieses Bewußtsein und diese Stärke der Arbeiter waren auch die Grundlage für diesen Streik.

Als die Kollegen von Meyers Absichten hörten, die 6% auf die außertariflichen Zulagen anzurechnen, da gab es keine langen Diskussionen, und die Kollegen warteten auch nicht auf den Segen der Gewerkschaftsführer, da wurde sofort gestreikt. Und als die Kollegen vom „Weser Kurier" benachrichtigt wurden, war ebenfalls sofort klar, daß sie in den Solidaritätsstreik treten. Der Haß und das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Gewerkschaftsführern zeigte sich besonders, als sich Claus Großbecker, der 1. Vorsitzender der IG Druck&Papier von Bremen, einmischen wollte. Er eilte in den Betrieb und bot sich als Verhandlungsführer an. Aber die Kollegen ließen sich nicht täuschen, sie hielten ihn einfach im Betrieb fest. „Du gehst nicht verhandeln! Du bleibst hier!"

Die Position der Kollegen war klar und unmißverständlich. „Entweder Meyer nimmt den Angriff zurück und dann drucken wir ihm wieder seine Zeitung, oder er bleibt dabei und er kann sich seine Zeitung alleine malen", sagten die Kollegen. Diese Position sollte der Betriebsrat bei Meyer vortragen. Aber dazu kam es nicht. Meyer sperrte die Kollegen beider Belegschaften einfach aus. Das war eine brutale Maßnahme, die die Kampfbereitschaft und Entschlossenheit der Kollegen aber nur noch steigerte.

Am Samstag früh bekräftigten die Vertrauensleute ihren Streikbeschluß, druckten ein Flugblatt, das in der Stadt verteilt wurde. Die spontane Solidarität der Bevölkerung war groß. Die Gewerkschaftsführer, die sich nicht trauten, diesen Streik zu „legalisieren", verschleierten ihre streikbrecherischen Absichten in der Öffentlichkeit, indem sie über Rundfunk ihr „Verständnis" für alle Drucker aussprachen und Meyer „kritisierten". Anders verhielten sie sich auf den Versammlungen. Hier gingen sie offener vor. Sie machten den Vorschlag, die Drucker sollten Meyer ihre Arbeitskraft wieder anbieten und sie würden ihrerseits über ihre Beziehungen zum Verband der Druckkapitalisten versuchen, Druck auf Meyer auszuüben, damit er die Aussperrung aufhebe. Doch die Kollegen vertrauten auf ihre Kraft und ließen sich nicht darauf ein. Sie beschlossen daraufhin, eine Demonstration am Montagabend mitten durch die Stadt durchzuführen. Den Gewerkschaftsführern und Meyer war der Schreck in die Glieder gefahren. Noch am Sonntagabend nach der Versammlung gaben sie bekannt, daß die IG-Druck-Führer und Meyer sich geeinigt hätten: 1. die 6% nicht auf die außertariflichen Zulagen anzurechnen, aber die Zulagen jedes einzelnen zu prüfen; 2. keine Maßregelungen gegen die Drucker; 3. Absicherung der tariflichen Zulagen in einem Haustarif.

Auch wenn Meyer versuchen wird, durch die Überprüfung der Zulagen diese zu senken, und dabei die Unterstützung der Gewerkschaftsführer hat, so ist das Ergebnis für die Kollegen ein Erfolg ihres Kampfes. Insgesamt stimmten 212 der Kollegen der Einigung zu, 86 lehnten sie ab.

Auch das ist ein Beweis dafür, daß ein großer Teil der Kollegen die verräterische Politik des Gewerkschaftsapparates klar durchschaut hat. „Wir haben denen doch gesagt, sie sollen sich da raushalten", meinten einige Kollegen.

Es zeigt aber auch, daß der Gewerkschaftsapparat noch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß in der Arbeiterklasse hat. Nur dann, wenn die Arbeiter den Einfluß des Gewerkschaftsapparates in ihren eigenen Reihen zerschlagen und solche Feinde entschlossen bekämpfen, haben ihre Kämpfe Erfolg und wird die Einheit der Arbeiterklasse gestärkt.

Die Kollegen haben jetzt beschlossen, den Druckerstreik alleine ohne die Gewerkschaftsfunktionäre auszuwerten und die Lehren daraus zu ziehen. Dabei wird die Partei die Drucker unterstützen und den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition propagieren, denn das ist die wichtigste Lehre aus dem Druckerstreik.

Nach dem Druckerstreik

Zeitungskapitalisten fordern Streikverbot

Als nach dem Streik der Druckereiarbeiter wieder die ersten Zeitungen erschienen, starteten die Kapitalisten in den Spalten der von ihnen gekauften bürgerlichen Presse eine wütende Hetze gegen den großen Kampf der Druckereiarbeiter.

Ihr Ziel: den Arbeitern einzuhämmern, wie „sinnlos" doch der Streik angeblich gewesen sei, und offen Stimmung für ein Streikverbot in der Druckindustrie zu machen. Von Springers Hetzblättern „Bild" und „Welt" über das „Handelsblatt" bis hin zu „Frankfurter Rundschau" und „Süddeutscher Zeitung" – sie alle stimmten in diesen Chor ein. Von Springers Hetzblättern erwartet sich kaum jemand etwas anderes als üble Hetze gegen die Arbeiter. So fordert „Die Welt" in einem Kommentar den Abschluß eines sogenannten „Arbeitsfriedensabkommens" nach dem Vorbild einer seit 1937 in der Schweiz bestehenden Regelung für die Druckindustrie. Danach soll jeder Streik verboten sein, stattdessen: Zwang zur „gütlichen Einigung".

Etwas feiner gestrickt sind die Methoden des sozialdemokratischen „Vorwärts", um Streiks der Druckereiarbeiter in der Zukunft besser abwürgen zu können. Den entschlossenen Kampf der Druckereiarbeiter und ganz besonders den Vollstreik diffamiert der „Vorwärts" als „gewerkschaftlichen Selbstmord". Die Streikbruchtaktik des IG-Druck&-Papier-Apparates wird dagegen als Zeichen der „Vernunft" gelobt. „Mehr Mitbestimmung" lautet für den „Vorwärts" die Parole, um in Zukunft Streiks der Druckereiarbeiter möglichst von vorneherein zu verhindern, und zeigt damit den reaktionären, verräterischen, direkt gegen die Arbeiter gerichteten Charakter des Mitbestimmungsbetruges.

Dies ist der Boden, auf dem dann der Hauptgeschäftsführer des „Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger", forderte, es müsse jetzt bei den Politikern zu einem „Prozeß des Nachdenkens über die Zulässigkeit von Streiks bei Zeitungsverlagen" kommen – mit anderen Worten: **die Zeitungskapitalisten verlangen ein gesetzliches Streikverbot.** Das Vorbild, das sie dabei im Auge haben, ist das angeblich so „freie" Schweden. Dort ist der Streik in Zeitungsverlagen verboten. Die Arbeiter sollen sich dem Spruch eines sogenannten „Vermittlers" beugen.

Diese Hetze und die Drohungen der Kapitalisten mit Streikverbot sollen zugleich alle Arbeiter entmutigen und einschüchtern, damit sie sich nicht den Kampf der Druckereiarbeiter zum Vorbild für ihre Kämpfe zur Verteidigung ihrer Lebenslage, gegen Lohnraub und Rationalisierungsterror nehmen.

PEN-Club gegen Druckerstreik

Während des Streiks der Druckereiarbeiter mußten bekanntlich einige bürgerliche Zeitungen mit „weissen Flecken" erscheinen. Mehrmals hatten Drucker und Setzer erfolgreich das Erscheinen von Hetzartikeln gegen ihren Streik verhindern können.

„Die Pressefreiheit ist bedroht", lamentierten die Kapitalisten und ihre Handlanger. Und sie meinten damit die Freiheit der Kapitalistenklasse, die Werktätigen mit ihrer Lügenpropaganda überschütten zu können. Denn Pressefreiheit gibt es im Kapitalismus, ungeachtet aller schönen und hochtrabenden Worte, nur für die Kapitalisten.

Jetzt haben sich auch die Mitglieder des PEN-Zentrums der Bundesrepublik für die kapitalistischen Ausbeuter ausgesprochen. In einer mit Mehrheit angenommenen Resolution gegen die völlig berechtigte „Zensur" durch die Drucker und Setzer beklagen sich die Schriftsteller, Literaten und anderen Künstler über „diese Methoden", die, „würden sie Schule machen, das Ende der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit bedeuten müßten." Das Grundgesetz garantiert die Meinungsfreiheit der Kapitalisten. Abgesehen von allem anderen heißt es darin ausdrücklich, daß jeder, der die „freiheitlich-demokratische Grundordnung", sprich die kapitalistische Ausbeuterordnung, bekämpft, keinerlei Recht auf „Meinungsfreiheit" hat.

In einer anderen, knapp unterlegenen Resolution verlangen die Literaten, „beide Seiten" zu verurteilen – und stellen sich damit auf den reaktionären Standpunkt, als ob man die „Meinungsfreiheit" vom Standpunkt des Einzelnen, der „Freiheit des Individuums" betrachten könnte – und nicht vom Klassenstandpunkt. So oder so, gilt nicht für beide Resolutionen der alte Spruch: Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing?

Chemie-Tarifrunde

Ein Abschluss gegen den Willen der Kollegen

5,85% – mindestens 85 DM, das ist der Abschluß in den wichtigsten Tarifbezirken der Chemieindustrie. Dieser Abschluß ist nicht nur höher als der in der Metallindustrie, sondern liegt sogar nur knapp unter der Forderung des IG Chemie-Apparates. Normalerweise liegen die Abschlüsse ja immer weit unter den Forderungen des Gewerkschaftsapparates.

Aufgrund der Kampfbereitschaft der Chemie-Arbeiter, die besonders durch den Druckerstreik gestärkt worden ist und aus Angst davor, daß der Funke des Druckerstreiks auf die Chemie-Arbeiter überspringen könnte, haben die Kapitalisten und der Gewerkschaftsapparat dieses Zugeständnis gemacht. Aber dennoch bedeutet der Abschluß Lohnraub und ist gegen den Willen der Arbeiter durchgesetzt worden. Er entspricht nicht der Kampfstärke der Chemie-Arbeiter, denn was hätten die Arbeiter wohl mit einem Streik durchsetzen können, wenn schon dieser Abschluß ohne Streik zugestanden worden ist? Das zeigt, daß die Arbeiter den Lohnraub erfolgreich bekämpfen können, wenn sie den Kampf in die eigenen Hände nehmen und ihn nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch bewußt gegen den Gewerkschaftsapparat führen.

Dem Gewerkschaftsapparat ging es nicht in geringster Weise um die Interessen der Chemie-Arbeiter, das hat Kolitsch von der IG Chemie-Papier-Keramik in Westberlin offen zum Ausdruck gebracht. Auf einer Vertrauensleutesitzung schrie er die Vertrauensleute an, die 150 DM forderten: „Ihr könnt beschliessen, was ihr wollt, und wir beschließen, was wir wollen."

Am deutlichsten kommt der Verrat des Gewerkschaftsapparates aber in folgendem Zitat aus einem Flugblatt zum Ausdruck, das bei Vorwerk in Wuppertal sofort nach dem Abschluß verteilt wurde. „Ein besseres Ergebnis wäre wohl nur mit dem Mittel des Streiks erreichbar gewesen." Das ist blanker Zynismus, wenn man bedenkt, daß der Gewerkschaftsapparat gerade die Kämpfe wie bei BASF abgewürgt hat.

Die modernen Revisionisten der D„K"P haben sich auch in der Chemie-Tarifrunde wieder als gefährliche Feinde der Arbeiter erwiesen. Sie propagierten diesen Gewerkschaftsapparat unter den Arbeitern als Kampforganisation der Chemie-Arbeiter und haben damit zu verhindern versucht, daß die Arbeiter sich vom Einfluß des Gewerkschaftsapparates lösen und selbständig kämpfen. Darüber kann auch ihre scheinbare Kritik am Tarifabschluß nicht hinwegtäuschen.

Worauf die Politik der D„K"P hinausläuft, kommt in folgenden Zitaten aus ihrer Betriebszeitung „Der Sprühkopf" bei Beiersdorf zum Ausdruck: „Wir meinen, daß nicht nur die Profite, sondern vor allem die Löhne und Gehälter stimmen müssen", heißt es, und weiter: „Damit nicht nur die Aktionäre, sondern auch die Belegschaft sagen kann, das war ein gutes Jahr."

Die Interessen der Arbeiter und der Kapitalisten sollen sich also auf einen Nenner bringen lassen? Aber der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse ist unversöhnlich, wie der zwischen Freund und Feind. Woher kommen denn die Profite, wenn nicht aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse? Die Kapitalistenklasse ist es, die die Arbeiter in Lohnsklaverei hält und sie in immer größeres Elend stürzt.

Die Absicht der D„K"P ist es zu verhindern, daß wir entschlossen und unversöhnlich gegen die Kapitalistenklasse kämpfen. Das zeigt, die D„K"P-Revisionisten sind keine Kommunisten, sondern Feinde der Arbeiterklasse.

Die Chemie-Tarifrunde beweist erneut, wie notwendig es ist, daß wir uns auch im Kampf für mehr Lohn vom Einfluß dieser Feinde in unseren eigenen Reihen befreien müssen und einen klaren Trennungsstrich zu diesen Handlangern der Bourgeoisie ziehen müssen. Diese Erkenntnis ist bei vielen Kollegen durch die Tarifrunde gestärkt worden.

Einträchtig gegen neue Lohnkämpfe

Kürzlich trafen sich in Bonn die Monopolkapitalisten Schleyer und Sohl mit den Gewerkschaftsbossen Vetter, Loderer, Kluncker, Hauenschildt und Schmidt. Eingeladen hatte Bundeskanzler Schmidt zu einem „Herrenessen".

Anwesend waren auch einige Minister. Was bei diesem Treffen besprochen wurde, gaben die „Herren" nicht bekannt, mit einer einzigen Ausnahme. „Unter das Gerede von möglichen Lohnnachschlägen im Herbst sollte ein Schlußstrich gezogen werden", war die einhellige Meinung. Die Bonzen in den Vorstandssesseln der größten und wichtigsten Gewerkschaften versicherten den Kapitalisten darüber hinaus ihre absolute „Vertragstreue". Die Parole vom „Nachschlag im Herbst" hatten die Gewerkschaftsführer ausgegeben, um ihre Lohnraubabschlüsse besser durchsetzen zu können. Damals sagten sie den Arbeitern: Seid zufrieden mit dem, was ihr jetzt habt – im Herbst werden wir weitersehen. Jetzt erklären sie den Arbeitern: Ihr habt gefälligst stillzuhalten – jeder weitere Streik in diesem Jahr ist illegal.

Solche empörenden Betrugsmanöver sind typisch für den Gewerkschaftsapparat, der im Dienst der Ausbeuter steht und ihre Interessen verficht.

Die Gewerkschaftsbonzen sind mit gutem Grund von ihrer „Nachschlagsparole" abgerückt. In den Betrieben wächst die Empörung. Angesichts der Lohnraubabschlüsse, neuer Preissteigerungen und verschärfter Arbeitshetze diskutieren die Kollegen immer häufiger über neue Kampfmaßnahmen für höhere Löhne. Der Streik der Druckereiarbeiter hat die Kampfkraft und das Selbstbewußtsein aller Arbeiter gestärkt und schließlich sind die Septemberstreiks von 1969 und die August- und Herbststreiks des Jahres 1973 nicht vergessen.

In scheinbarer Opposition zu den Loderer und Co. haben dagegen die „linken" Elemente des Gewerkschaftsapparates, einschließlich der modernen Revisionisten der D„K"P, in den Betrieben ihre Propaganda für einen „Nachschlag im Herbst" verstärkt. Aber Vorsicht, diese Betrüger arbeiten mit besonders feingesponnenen Methoden, um die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen und ihre Kämpfe in die Sackgasse zu führen. „Neue Tarifverhandlungen, wenn der Aufschwung kommt" – das ist die Stoßrichtung, auf die sie die Arbeiter festlegen wollen, um selbständige Kämpfe, die nicht unter der Führung des Gewerkschaftsapparates stehen, zu verhindern. Zugleich verbreiten sie damit weiter die Ideologie, daß der Kampf der Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lebenslage angeblich vom „Aufschwung", von den Profiten und dem Wohlergehen der kapitalistischen Ausbeuter also, abhängt. Damit wollen sie die Arbeiter lähmen. Aber unabhängig davon, ob die Profite der Kapitalisten steigen oder fallen, der Kampf der Arbeiter für höhere Löhne ist in jedem Fall vollständig berechtigt.

In diesem Kampf gilt es einen klaren Trennungsstrich zu allen Feinden der Arbeiterklasse, zu den Kapitalisten und allen ihren Handlangern zu ziehen und sich auf revolutionärer Grundlage im Kampf Klasse gegen Klasse zusammenzuschließen.

"Lauter vernünftige Männer"

Jeden Monat erscheint in Bonn in englischer Sprache die Zeitschrift „German International". Das ist ein Propagandablatt der westdeutschen Imperialisten für das Ausland. Verherrlichung des „deutschen Wesens, an dem die Welt genesen soll" – sprich Verherrlichung der westdeutschen kapitalistischen Ausbeuterordnung und Lob und Preis für die reaktionäre, revanchistische Politik der westdeutschen Imperialisten, das ist seine Aufgabe.

In seiner Mainummer beschäftigt sich dieses Blatt u.a. mit den Bossen der größten westdeutschen Gewerkschaften. Wer nun aber glaubt, dieses Sprachrohr der Imperialisten machte Front gegen die Gewerkschaftsbosse und ihre Politik, der hat sich getäuscht. Im Gegenteil, „German International" ist voll des Lobes über die Kluncker, Loderer, Schmidt und wie sie alle heißen: „All reasonable men" – alles vernünftige Männer. Die westdeutschen Imperialisten haben tatsächlich allen Grund, die „Vernunft" der Bosse und der von ihnen geleiteten Gewerkschaftsapparate zu loben. Das, was, wie „German International" hämisch feststellt, z.B. den britischen Imperialisten und ihrem Regierungschef die „Tränen des Neides in die Augen treibt", ist eben nichts anderes als die hervorragende Rolle, die die westdeutschen Gewerkschaftsapparate bei der Ausbeutung und Niederhaltung der westdeutschen Arbeiter durch die Kapitalisten spielen. Nicht zufällig lobt deshalb „German International" die Lohnraubabschlüsse, die gerade in den wichtigsten Industriezweigen zwischen den Kapitalisten und den Bonzen des Gewerkschaftsapparates vereinbart wurden, als „erstaunlich vernünftig".

Sehr zufrieden sind die westdeutschen Imperialisten offensichtlich auch mit der Tatsache, daß Streiks weitgehend vermieden werden konnten. Um die kapitalistische Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten, um die Lasten der Wirtschaftskrise auf die Schultern der Arbeiter abwälzen zu können – dazu dienen den westdeutschen Imperialisten „ihre" Gewerkschaftsapparate. Mehr noch, die Niederhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse, die Abwiegelung und Unterdrückung von Streiks durch die imperialistischen Gewerkschaften ist einer der wesentlichen Gründe für die starke Stellung der westdeutschen Imperialisten gegenüber den italienischen, britischen und anderen Imperialisten.

Aber gerade der Kampf und die Streiks der Druckereiarbeiter in den letzten Wochen haben gezeigt, daß die Rechnung der westdeutschen Imperialisten, „ihrer" Gewerkschaftsapparate und ihrer Propagandisten letzten Endes nicht aufgehen wird. Die Ausbeutung und Unterdrückung werden unweigerlich die Rebellion der Arbeiter hervorrufen, ihren Kampf – und in diesen Kämpfen wird die Einsicht wachsen, daß der Apparat der DGB-Gewerkschaften ein ebenso gefährlicher Feind der Arbeiter ist wie die Kapitalisten selbst, wird die Einsicht wachsen, daß die Arbeiter ihre Kämpfe nur dann erfolgreich führen können, wenn sie einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und dem Feind ziehen und sich, unter revolutionärer Führung, im Kampf für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen zusammenschweißen und stählen für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung – die sozialistische Revolution.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Der Tag der Abrechnung wird kommen!

für solche wie Rolf Stödter

VORSITZENDER DES BEIERSDORF-AUFSICHTSRATES
FINANZKAPITALIST
UNTERNEHMERVERBANDS-FUNKTIONÄR
ALTNAZI

Der „Rote Beiersdorfer" enthüllt am Beispiel des Aufsichtsratsvorsitzenden der Beiersdorf AG, Rolf Stödter, der zu den größten Finanzkapitalisten Westdeutschlands gehört, wie bei dieser Clique von Finanzkapitalisten, die die wichtigsten Schaltzentralen des wirtschaftlichen Lebens in ihren Händen halten, alle Fäden zusammenlaufen und wie solche Herrschaften wie Stödter in die Kreise der Finanzkapitalisten aufgestiegen sind. Wir drucken im folgenden den Artikel gekürzt ab.

Einer dieser größten Kapitalisten Westdeutschlands ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Beiersdorf AG Stödter, Rolf, Dr., Prof., Jahrgang 1909. Und dabei ist dieser Posten, der ihm Gewalt über uns alle und Tausende von Arbeitern an allen Ecken der Welt gibt, noch einer seiner untergeordneten Posten.

ROTER BEIERSDORFER
Betriebszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Kollegen, auch wenn ihr meint, „das gibt's doch gar nicht", dieser Mensch hat tatsächlich alle Funktionen inne, die wir aufgelistet haben. Er selber ist Reeder bei John T. Essberger, ist führendes Mitglied nationaler und internationaler Reeder- und Seeverkehrsverbände und des Eisenbahntransportes und ist leitend tätig in zwei Schiffahrtslinien. Damit nimmt er eine Schlüsselposition in der Lenkung des westdeutschen Seetransportwesens ein. Zugleich stellt er ein Bindeglied zu einem der wichtigsten Kapitalistenverbände dar, zum Deutschen Industrie und Handelstag, der Dachorganisation der regionalen Handelskammern, die u.a. die Auslandsvertretung des westdeutschen Kapitals wahrnehmen. Dazu paßt es dann genau, daß Stödter im Vorstand der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" die Anweisungen für Genscher im Außenministerium mit ausarbeitet.

Das Bild eines sich selbst und dem Profit verantwortlichen Finanziers rundet sich, wenn man sich anschaut, daß er in vier wichtigen Banken die Fäden spinnt und zugleich stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Globus"-Versicherungs-AG ist.

Nanu, denkt man sich, was will der denn in einer Versicherung? Die Sache ist, daß die „Globus" zu 98,8% dem Allianz-Versicherungskonzern München gehört, zu dem Konzern also, der mit seinen über 25% Beiersdorf-Aktien auch dieses Unternehmen bestimmt, und hier haben wir Stödter ja auch vor der Nase. Wenn man weiter bohrt, zeigt sich auch die ganze personelle Versippung des westdeutschen Finanzkapitals. Z.B. ist der Vorstandsvorsitzende bei „Globus", wo Stödter Stellvertreter ist, Wolfgang Schieren, der Vorstandsvorsitzende des Allianz-Konzerns. Bei Beiersdorf genau dieselben Leute, nur hier ist Stödter Vorsitzender und Schieren Stellvertreter. Daß Stödter obendrein noch Professor an der Hamburger Universität ist, dafür Gelder kassiert, aber nichts dafür zu tun braucht, ist wohl mehr sein privates Hobby und eine Erinnerung an seine Karriere.

STÖDTER, ALS JURIST DEN TOTALEN KRIEG GERECHTFERTIGT

Wie ist Stödter hochgekommen? Er hat seine Karriere unter den und als Nazi gemacht. 1933, mit 24, macht er seinen Doktor als Jurist. 1936 schreibt er das Buch „Flottengeleit im Seekrieg". Als akademischer Saubermann versucht er darin ganz bewußt, juristische Bedenken gegen den von den deutschen Monopolen längst geplanten totalen Raubkrieg auszuräumen. Grundlage seiner Argumentation ist die faschistische Ideologie von der „Volksgemeinschaft", und er tritt für die Zerstörung fremder Völker, also für Völkermord, ein.

Nach dem Krieg redet der faschistische Hetzer Stödter anders. Er schreibt wieder ein Buch „Deutschlands Rechtslage" (1948), wo er sich jetzt daran macht, juristisch auf die Gründung des imperialistischen Spalterstaates „Bundesrepublik Deutschland" hinzuarbeiten. Solchermaßen bewährt, stand Stödters Aufstieg zu heutiger „Größe" nichts mehr im Wege.

Ist es nicht klar, daß man so ein Finanzkapital nicht abwählen oder zurückdrängen kann? Diese Herrscher über Armee, Grenzschutz, Polizei und Ministerien sind zu jedem Verbrechen bereit, um sich zu halten. Für uns gibt es nur einen einzigen Weg, um aus ihrem Würgegriff herauszukommen: Den Weg der revolutionären Gewalt gegen sie und ihre waffenstarrenden, staatlichen Beschützer. Man kann ihre Macht nur im bewaffneten Kampf, nur mit der Revolution brechen – alles andere wäre gefährliche Illusion.

Meldungen aus den Betrieben

Unter dem Titel „Das ist Mord – aus Profitgier" meldet der „Borsig Hammer", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Borsig in Westberlin, einen Arbeitsunfall in der Gießerei, bei dem ein Kollege von einem Kranhaken erschlagen wurde. Der Kollege Günter Kauschke war 49 Jahre alt, verheiratet und hatte zwei Kinder. Der „Borsig Hammer" weist nach, daß dies ein Mord aus Profitgier war, während die Geschäftsleitung von einem „tragischen Unfall" spricht und sogar noch dem Kranfahrer die Schuld geben wollte.

Der „Borsig Hammer" enthüllte: 1. daß der Kran, Baujahr 1917, schrottreif war, wie selbst von der Unfallkommission schon früher einmal festgestellt worden war; 2. daß der Kollege Kranfahrer diesen Kran fahren mußte, ohne eine Einweisung zu erhalten, obwohl er diesen Kran, der andere Fahreigenschaften hat, sonst nicht fährt.

Der „Borsig Hammer" stellt fest, daß dies kein Einzelfall ist. Die Grundlage für solche „Unfälle" liegt im kapitalistischen System, in der dauernden Antreiberei, in der Profitgier und Menschenverachtung der Kapitalistenklasse. Alle 2 Stunden passiert in Westdeutschland ein tödlicher Unfall. Der „Borsig Hammer" stellt fest, daß diese Zustände solange herrschen werden, solange der Kapitalismus existiert. Deshalb muß der Kapitalismus gestürzt werden. Der „Borsig Hammer" ruft aber auch auf, jetzt den Kampf gegen diese Zustände aufzunehmen und zu fordern:

Neue Kräne, Arbeitsmittel und Werkzeuge! Ausreichende Ausbildung und Einweisung für alle Kranfahrer! Werksarzt in allen Schichten und bessere medizinische Ausrüstung! Weg mit dem Akkord! Akkord ist Mord!

Zum Nutzen der Bourgeoisie – zum Schaden der Arbeiterklasse

25 Jahre Montanmitbestimmung

Vor 25 Jahren, als die Montanmitbestimmung aus der Taufe gehoben wurde, da schrieben wir das Jahr 1951. Das war wenige Jahre, nachdem die USA-Imperialisten, unterstützt von den besiegten Vertretern der deutschen Monopolbourgeoisie, Deutschland spalteten, indem sie das Potsdamer Abkommen zerrissen, den reaktionären Bonner Spalterstaat auf die Beine stellten und den eigentlichen Drahtziehern des Hitlerfaschismus, den Krupp, Flick und Thyssen, wieder in den Sattel halfen. In demselben Jahr, in dem das Montanmitbestimmungsgesetz in Kraft trat, wurden auch massive Maßnahmen zur Verfolgung der revolutionären und demokratischen Bewegung des werktätigen Volkes ergriffen: Mit dem Blitzgesetz wurde das politische Sonderstrafrecht nach Nazivorbild wiedereingeführt, welches sofort die Grundlage für eine wachsende Verfolgung und Kriminalisierung der KPD und anderer revolutionärer und demokratischer Organisationen wurde, und welches auch heute das juristische Hauptinstrument darstellt, mit dem unsere Partei und die gesamte revolutionäre Bewegung in Westdeutschland und Westberlin verfolgt wird. 1951 war auch das Jahr des Verbotes der FDJ, der Jugendorganisation der KPD, welchem fünf Jahre später das Verbot der KPD selbst folgte. 1952 wurde das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz gegen den heftigen Widerstand breiter Teile der Arbeiterschaft durchgesetzt. Nur durch den Verrat der Gewerkschaftsführung konnte die große Streik- und Demonstrationsbewegung gegen das BVG gebrochen werden.

Ist es Zufall, daß in dieser Situation, als die erste große Welle der Faschisierung von Bonn aus durch Westdeutschland und Westberlin zu rollen begann, die paritätische Mitbestimmung in dem für die Imperialisten strategisch wie auch wirtschaftlich und militärisch wichtigsten Industriezweig, der Montanindustrie, eingeführt wurde?

Nein, das ist kein Zufall. Gegen die Wiederaufrüstung der deutschen Monopolbourgeoisie, gegen den Wiederaufbau ihrer Rüstungsindustrie an Rhein und Ruhr, gab es heftigen Widerstand und eine breite Bewegung unter den werktätigen Massen, die den Militarismus haßten. Die Einfürhung der Montanmitbestimmung sollte dazu beitragen, diese Bewegung niederzuschlagen. Einerseits, indem dadurch der Kampf der Arbeiter geschwächt und erschwert wurde, während andererseits gleichzeitig die Illusion erzeugt werden sollte, als würden die Machthaber Zugeständnisse in Bezug auf den Wunsch der Bevölkerung nach Demokratie machen. Gleichzeitig ging die Bourgeoisie daran, mit Hilfe der reformistischen Bonzen die Kommunisten aus den Gewerkschaften zu werfen, die dort anfangs ziemlich starken Einfluß hatten. Zu diesem Zweck wurden in der IG Bergbau und Energie sogar die Vertrauensleute als wählbares Organ zerschlagen.

Die Mitbestimmung gehörte also zu dem Arsenal der Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen der Kampf des werktätigen Volkes niedergehalten wurde, den es gegen die Remilitarisierung und Wiederbelebung des deutschen Imperialismus, für ein vereintes, demokratisches Deutschland und für den Sozialismus führte. **Wenn die D„K"P-Revisionisten heute schamlos die Wahrheit verdrehen und behaupten, die Mitbestimmung sei ein Instrument der „Demokratisierung" und der sogenannten „Zurückdrängung der Macht der Monopole", so zeigt dies nur ihren abgrundtiefen Verrat am Marxismus-Leninismus und der Sache der Befreiung der Arbeiterklasse. Gerade die Montanmitbestimmung ist untrennbar verbunden mit der Periode der Wiederaufrichtung der Eisen-, Stahl- und Energiemonopole an Rhein und Ruhr, deren Besitzer wiederum die Namen Krupp, Flick, Thyssen usw. tragen, und der Wiederaufrichtung ihrer durch und durch reaktionären und aggressiven Herrschaft in Westdeutschland und Westberlin.**

Vor 25 Jahren, am 21. Mai 1951, trat das Gesetz über die „Mitbestimmung der Arbeiter in Unternehmen des Bergbaus und der Eisen- und Stahlerzeugenden Industrie" in Kraft, auch Montanmitbestimmung genannt. Die Vertreter des DGB Bonzenapparates feiern dieses Datum mit Festveranstaltungen, Jubiläumsreden und mit Lobeshymnen auf die Montanmitbestimmung in der Gewerkschaftspresse. Ein solcher Artikel in der Wochenzeitung des DGB „Welt der Arbeit" endet mit den Worten: „Im Bergbau teilen sich Kapital und Arbeit seit 25 Jahren die Macht. Hier braucht sich die paritätische Mitbestimmung nicht mehr bewähren, es ist schon passiert." Teilung der Macht zwischen Kapital und Arbeit – was soll das heißen? Werden die Kumpels in den Bergwerken und in den Stahlwerken etwa nicht mehr ausgebeutet, geschunden und geknechtet? Sind sie etwa nicht mehr gezwungen, ihre Knochen an die Konzernherren zu verdingen und für deren Profit zu schuften? Sollten sie denn zu „gleichberechtigten Sozialpartnern" der schwerreichen Finanzhaie und Cuponschneider geworden sein? Die Realität zeigt, daß das Geschwätz der Bonzen von der „Teilung der Macht" nichts weiter ist, als eine dummdreiste Lüge. Sicher – die Montanmitbestimmung hat sich bewährt. Bewährt für die Kapitalisten und ihre Handlanger vom DGB Apparat bewährt als Werkzeug zur Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrükkung; bewährt als Instrument der Stabilisierung der Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie und zur Knechtung der Arbeiterklasse!

Über den politischen und geschichtlichen Hintergrund, der die Einführung der Montanmitbestimmung kennzeichnet, schweigen sich die Bonzen des DGB-Apparates wohlweislich aus. Dagegen rühren sie heftig die Propagandatrommel, um ihre plumpen Lügen an den Mann zu bringen, durch die Montanmitbestimmung habe sich die Lage für die Stahlwerker und die Bergarbeiter zum Besseren gewendet.

Aber muß es in den Ohren der Ruhrkumpels nicht wie nackter Hohn klingen, wenn die „Welt der Arbeit" zum 25jährigen Bestehen der Montanmitbestimmungschreibt: „Vor 25 Jahren förderten rund 555 000 Bergleute auf 177 Schachtanlagen pro Jahr 135 Mio. Tonnen Steinkohle. Heute sind es nur noch 202 000 Beschäftigte auf 46 Zechen. Zwischen 1958 und heute wurden mehr als 100 Zechen allein im Steinkohlebergbau stillgelegt. In diesen Jahren hatte die Mitbestimmung ihre Funktionstüchtigkeit zu beweisen. Sie hat die Bewährungsprobe bestanden."?

Über 100 Zechen stillgelegt, 350 000 Arbeitsplätze vernichtet – das ist also die „Bewährung" der Montanmitbestimmung. Dieser bodenlose Zynismus der Vertreter des DGB-Funktionärsapparates zeigt in aller Deutlichkeit, worum es diesen Herren eigentlich geht, wenn sie vorgeben, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten: Nämlich darum, den kapitalistischen Haien zu helfen, sich Millionenprofite unter den Nagel zu reißen. Den Arbeitern, die dabei ihren Arbeitsplatz verlieren und in Not und Elend gestürzt werden, predigen sie, das sei nun einmal notwendig, weil es die „wirtschaftliche Vernunft" erfordere. Es geht diesen Bonzen darum, als Lakaien und Teilhaber der Konzernherren bei der Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter „mitzubestimmen".

Bis 1957 steigerten die Zechenbosse ihre Profite in erster Linie dadurch, daß sie die Produktion ausdehnten. 50 neue Tagesschächte und zwei neue Großförderanlagen wurden abgeteuft, bzw. in Entwicklung gebracht. In dieser Zeit wurde die Förderung ständig in die Höhe getrieben. Aber dann drängte das Öl als konkurrierender Energieträger auf den kapitalistischen Markt. Mit ihm konnten jetzt weit höhere Profite gemacht werden. Die Jagd nach dem Maximalprofit ist das wirtschaftliche Grundgesetz des Monopolkapitalismus. Deshalb ließen die Herren Abs, Krupp, Thyssen usw. und ihr Bonner Staat, der das Instrument der Monopole ist, das große Zechensterben beginnen. Für jede stillgelegte Zeche warf der „freiheitlich demokratische Rechtsstaat" den Monopolherren eine Stillegeprämie von zigmillionen Mark in den Rachen. Nicht selten wurden modernste Förderanlagen in den stillgelegten Schachtanlagen begraben. Das alles ist im Rahmen der kapitalistischen „wirtschaftlichen Vernunft'. Hauptsache, der Profit einiger Multimilionäre stimmt. Hunderttausende von Kumpels, die ihren Arbeitsplatz verloren, konnten sehen, wo sie blieben.

Während die Zechenherren und der Staat so für die Vernichtung von zigtausenden von Arbeitsplätzen sorgten, nutzten sie die Angst der verbliebenen Bergarbeiter um den Arbeitsplatz skrupellos aus, um die Auspressung der Arbeitskraft schonungslos zu verschärfen. Während die Kohleförderung durch die Stillegungen und Massenentlassungen insgesamt also rapide heruntergeschraubt wurde, jagte man gleichzeitig die Schichtleistung pro Mann immer mehr in die Höhe. Während die Pro-Mann-Schichtleistung (MS) von 1950 bis 1957 „nur" von 1,4 T/MS auf 1,6 T/MS stieg, schnellte sie von 1957 bis 1969 von 1,6 Tonnen auf 3,5 T/MS, was eine Steigerung von 122% darstellte; 1973 preßte man bereits mehr als 4 T/MS aus dem Kumpel heraus. In den Jahren der größten Verschärfung der sogenannten „Kohlenkrise" wurde auch die Ausbeutung am extremsten verschärft: Allein im Jahr 1959 stieg die Schichtleistung pro Mann um über 15% an.

Während auf der einen Seite die Arbeitshetze skrupellos steigt, unternahmen die Kapitalisten gleichzeitig einen Raubzug auf die Löhne der Kumpels. Anfänglich gehörte der Kumpel bekanntlich zu den bestbezahlten Gruppen unter den Industriearbeitern. Dies war durchaus nicht Ausdruck einer bevorzugten Stellung des Bergarbeiters, sondern entsprach der Tatsache, daß die Schinderei im Streb außerordentlich hart, gesundheitsschädlich und gefährlich ist. So sind beispieslweise laut „Spiegel" von 1945 bis 1967 rund 50 000 Kumpel in Westdeutschland durch Grubenkatastrophen, durch Arbeitsunfälle oder durch typische Bergmannskrankheiten ums Leben gekommen. Angesichts dessen wird deutlich, was es heißt, daß die Bergarbeiter mit Beginn der „Kohlenkrise" in die unteren Lohnkategorien der Undustriearbeiterschaft hinuntergedrückt wurden.

Alle Angriffe, mit denen die Monopolherren in den letzten zwanzig Jahren die Ausbeutung der Arbeiter in der Montanindustrie und insbesondere im Kohlebergbau verschärften, fanden nicht etwa „trotz" des Bestehens der Montanmitbestimmung statt, wie die D„K"P-Revisionisten sagen, um den reaktionären Charakter der Mitbestimmung zu verschleiern, sondern sie wurden gerade mit ihrer Hilfe gegen die Arbeiter durchgesetzt. Die DGB-Führer lassen dies sogar ziemlich offen durchblicken, wenn sie in einer Broschüre, die sie 1967 unter dem Titel „Mitbestimmung – Argumente, Informationen" herausbrachten, schreiben „Zieht man noch den Umstand in Betracht, daß es in keinem anderen Wirtschaftsbereich in der Vergangenheit so wenig Arbeitsrechtsstreitigkeiten gegeben hat, wie in der Montanindustrie, so sollten die Vorteile der qualifizierten Mitbestimmung restlos überzeugen. Eine ähnliche Situation wie bei den Arbeitsrechtsstreitigkeiten läßt sich in Bezug auf die Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) feststellen. Seit 1945 hat es sowohl in der Eisen- und Stahlindustrie als auch im Bergbau keinen Lohnstreik gegeben..."

Daß bis 1967 (dem Erscheinungsjahr der Broschüre) keine Lohnstreiks stattfanden, ist eine Lüge der Bonzen, mit der sie gegenüber der Mitbestimmung skeptische Kapitalisten überzeugen wollen. Allerdings wurden durch die Mitbestimmung die Lohnkämpfe erschwert und geschwächt. Daß die DGB-Bonzen in diesem Fall sogar ihre arbeiterfeindliche Wirkung übertreiben, zeigt um so deutlicher, warum sie von der Mitbestimmung so begeistert sind. Mit den Septemberstreiks 1969 begann eine neue Periode, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die Arbeiter zunehmend ihre Sache in die eigenen Hände nehmen und den Kampf nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch direkt gegen die Gewerkschaftsbonzen richten!

Die 25 jährige Praxis der Montanmitbestimmung hat uns viel Anschauungsmaterial dafür geliefert, wie mit Hilfe der Mitbestimmung die Unterdrückung der Arbeiter in den Betrieben perfektioniert wird. Mittels der Mitbestimmung ziehen die Monopolkapitalisten einen Teil der bestochenen Arbeiteraristokratie direkt zur Leitung der Betriebe und zur Unterdrückung der Arbeiter im Betrieb heran. Die Bourgeoisie weiß, daß die Verräter ihrer Klasse, die aus den Reihen der Arbeiter „aufgestiegen" sind, am besten imstande sind, die Arbeiter mit scheinbar radikalen Phrasen zu betrügen, an ihren Gefühlen anzuknüpfen, ihre starken und schwachen Punkte richtig einzuschätzen und durch hinterhältiges Taktieren die ehemaligen Kollegen elend zu betrügen.

Die Mitbestimmung bedeutet auch, daß die Verfilzung des DGB-Apparates mit dem Finanzkapital verstärkt wird. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Ruhrkohle AG (RAG). Sie wird von den Bonzen wie z.B. dem heutigen IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt als großer Fortschritt angepriesen. Dafür hat dieser Bonze allerdings handfeste Gründe. Insgesamt konnte die IGBE rund 120 hochbezahlte Spitzenpositionen besetzen, als die RAG gegründet wurde. Oberbonze Schmidt selbst ist stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates. Die Tarifrunden im Ruhrbergbau spielen sich jetzt immer so ab, daß sich in den „langen und harten" Verhandlungen die gleichen Herren gegenübersitzen, die sonst in den paritätisch besetzten Aufsichtsräten zusammensitzen.

Seit die revolutionären Kräfte in der westdeutschen Arbeiterbewegung auf dem Vormarsch sind, hat sich auch im Kampf gegen revolutionäre Arbeiter, bei der Säuberung der Belegschaften von ihnen, die enge Zusammenarbeit von Management und Gewerkschaftsapparat als wichtige Errungenschaft bewährt. Die revisionistischen Arbeiterverräter und kleineren Bonzen im Vertrauensleutekörper oder Betriebsrat denunzieren die Revolutionäre beim Werksvorstand. In Konzertierter Aktion erhalten sie dann die fristlose Kündigung und werden gleichzeitig aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Besonders in den Betrieben der Stahlindustrie gab es in den letzten Jahren eine ganze Reihe von derartigen gemeinsamen Aktionen der politischen Unterdrückung. Die Mitbestimmung gibt den Gewerkschaftsbonzen und Betriebsräten auch eine ganze Reihe von Hebeln in die Hand, mit denen sie die Belegschaftsmitglieder erpressen und einschüchtern können. So z.B. die Mitbestimmung bei der Vergabe von Werkswohnungen u.ä. Die Bonzen und Arbeiterverräter nutzen solche Möglichkeiten beispielsweise dazu aus, um die Aufstellung Roter Listeb bei den Betriebsratswahlen zu unterdrücken, oder gegen die Wahl revolutionärer Vertrauensleute vorzugehen.

Während mittels der Mitbestimmung das Arsenal von Methoden zur Spaltung, Erpressung, Einschüchterung und Betrug der Arbeiterklasse erweitert und wirkungsvoller gemacht werden soll, ist sie gleichzeitig auch in ideologischer Hinsicht ein Instrument, um die Arbeiterklasse zu knebeln.

Die Mitbestimmungsideologie beinhaltet die Vorstellung von einer „gemeinsamen Interessenbasis" zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Sie soll die Arbeiter mit dem Gebot der „Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Arbeitern zum Wohle des Ganzen" vom unversöhnlichen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung abhalten und sie ideologisch entwaffnen gegenüber den Parolen und Theorien, die zur Rechtfertigung der Ausbeutung und der Herrschaft der Bourgeoisie dienen. **Zwischen der reformistischen Mitbestimmungsideologie und der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie besteht eine enge Verwandschaft: „Wir sitzen alle in einem Boot", diese Phrase bildet die Rechtfertigung dafür, den revolutionären Klassenkampf als Verstoß gegen die Interessen der „Allgemeinheit" oder, wie die Nazis es nannten: des Volksganzen zu diffamieren und zum kriminellen Delikt zu erklären.**

Die Arbeiterklasse läßt sich jedoch immer weniger durch die schillernden Phrasen und Losungen der Gewerkschaaftsbonzen und der D„K"P-Revisionisten über die angeblich fortschrittliche Rolle der Mitbestimmung verwirren. Die 25 Jahre der praktischen Erfahrungen mit der Montanmitbestimmung zeigen deutlich, wem die Mitbestimmung allein Nutzen bringt: den Kapitalisten und ihren Handlangern. Verstärken wir unsere Anstrengungen, um den Charakter der Mitbestimmung, die Ideologie der Klassenversöhnung, zu bekämpfen, ihre Funktion als Werkzeug zur Faschisierung und Verstärkung der Ausbeutung vollständig zu entlarven und orientieren wir die Kollegen auf den einzigen Weg, der ihnen im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung weiterhilft, den Weg des Kampfes für den gewaltsamen Sturz dieses Ausbeuterstaates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Ein Erfolg im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten

Das gemeinsame Kommunique zu wichtigen Fragen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung ist ein Erfolg im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten. Dieser in der Hauptseite erfolgreiche Abschluß der ersten Phase der Gespräche zwischen den Zentralkomitees beider Organisationen ist nicht nur das Ergebnis der Arbeit der Verhandlungskommissionen, sondern hauptsächlich Ausdruck und Ergebnis des von Genossen beider Organisationen mit großer Anteilnahme und großem Ernst geführten ideologischen Kampfes um die richtigen marxistisch-leninistischen Antworten auf die Fragen, die sich aus der internationalen und nationalen Entwicklung des Klassenkampfes ergeben.

Unsere Partei begrüßt es besonders, daß Einheit darüber erzielt werden konnte, daß es eine verbindliche Generallinie der kommunistischen Weltbewegung gibt. Das ist keineswegs selbstverständlich. Die Gründung der KPD (AO) erfolgte keineswegs auf der Grundlage der Anerkennung der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, sondern die vorläufige Plattform der KPD (AO) ging vielmehr davon aus, daß es die Aufgabe der KPD (AO) sei, „eine Strategie zur Niederwerfung des international organisierten Kapitals zu entwickeln". Noch im Rahmen der Programmdiskussion wurde von der KPD die Existenz einer verbindlichen Generallinie offen geleugnet (vgl. z.B. „Rote Fahne" 51-52/73). Und auch nach der Linienänderung der KPD im Frühjahr 1975 wurde noch versucht, die prinzipielle Anerkennung der Existenz der Generallinie zu relativieren. So ist es kein Zufall, daß die Ausführungen zur Bedeutung der Moskauer Erklärungen und zum Vorschlag der KP Chinas zur Generallinie im wesentlichen dem von unserer Partei vorgelegten Diskussionsbeitrag entnommen wurden. Dagegen wird in einem „Kommentar zur Erklärung der KPD/ML zu den Gesprächen über die Einheit der Marxisten-Leninisten" von der KPD noch im Dezember 1975 folgende Feststellung des Diskussionsbeitrages unserer Partei als falsch bezeichnet: „Der Vorschlag der KPCh von 1963 zur Generallinie muß nicht grundlegend geändert werden, sondern es gilt, die dort verankerte kommunistische Generallinie schöpferisch auf die heutige Weltsituation anzuwenden." Indirekt wurde also noch in diesem zentralen Ausrichtungspapier der KPD die Behauptung aufgestellt, der Vorschlag der KP Chinas zur Generallinie müsse grundlegend geändert werden. Demgegenüber begrüßt unsere Partei es, wenn es nun in dem Kommunique unmißverständlich heißt: „Der Vorschlag der KPCh von 1963 muß nicht grundlegend geändert werden, sondern es gilt, die dort verankerten revolutionären Prinzipien schöpferisch auf die heutige Weltsituation anzuwenden."

Es ist notwendig, diese klare, gemeinsame Formulierung gegen alle Versuche der Abschwächung und Umgehung zu verteidigen. Insbesondere gegen alle Versuche, die Generallinie und ihre revolutionären Prinzipien auseinanderzudividieren, um so nur bestimmte Bestandteile des Vorschlages der KP Chinas anzuerkennen und andere als „überholt" abzutun. Deshalb halten wir es für wichtig, daß in dem Kommunique an anderer Stelle ausdrücklich **alle** Bestandteile der Generallinie als verbindlich anerkannt werden.

Die Tatsache, daß es gelungen ist, eine gemeinsame Einschätzung unserer Organisationen über die Bedeutung der Moskauer Erklärungen und des Vorschlages der KP Chinas zur Generallinie zu erreichen, ist ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen den modernen Revisionismus. Denn die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung bildet das feste Fundament, von dem aus der vollständige Verrat des modernen Revisionismus an den marxistisch-leninistischen Prinzipien, an den Interessen des internationalen Proletariats und der unterjochten Völker und Nationen schonungslos entlarvt werden kann. Das gilt vor allem auch für die eindeutige Feststellung des Kommuniques, daß die Generallinie auf der Analyse der grundlegenden Widersprüche in der Welt basiert. Denn wie es in den einzelnen Ländern ein Wesensmerkmal der modernen Revisionisten ist, den Grundwiderspruch zu verwischen, so leugnen sie auch im Weltmaßstab die grundlegenden Widersprüche, versuchen sie einzelne grundlegende Widersprüche zu verwischen und andere Widersprüche an ihre Stelle zu setzen.

Wir müssen aber feststellen, daß in dieser Frage der ideologische Kampf weitergeführt werden muß. Denn die Formulierungen der KPD in dem Kommunique enthalten nach wie vor schwerwiegende Versuche, die grundlegenden Widersprüche zu verwischen und andere an ihre Stelle zu setzen. So heißt es in der Formulierung der KPD zur Charakterisierung der gegenwärtigen Lage in der Welt: „Alle grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt verschärfen sich, besonders der Widerspruch zwischen den zwei Supermächten einerseits und den Völkern aller Länder andererseits und die Widersprüche zwischen den zwei Supermächten selbst." Hier geht die KPD also offensichtlich von folgendem aus: nicht mehr der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus, besonders den beiden Supermächten, andererseits, ist grundlegend, sondern nur noch der Widerspruch zwischen den Völkern aller Länder und den beiden Supermächten; nicht mehr die Widersprüche zwischen den Imperialisten sind grundlegend für die heutige Welt, sondern nur noch die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten.

Mit dieser Verfälschung wird der Klassencharakter der grundlegenden Widersprüche verwischt. Einerseits wird so getan, als seien nicht mehr alle imperialistischen Mächte, sondern **nur noch** die beiden Supermächte Feinde der unterdrückten Völker. Diese Behauptung ist ein Angriff auf den revolutionären Kampf der Völker, von denen einige sogar nicht in erster Linie von einer oder beiden Supermächten unterdrückt werden, sondern von einer anderen imperialistischen Macht (z. B. das irische Volk). Darüberhinaus stellt sich die KPD damit auch schützend vor den westdeutschen Imperialismus, der von vielen Völkern der Welt völlig zurecht als imperialistischer Räuber bekämpft wird. Andererseits legt die Formulierung der KPD den Schluß nahe, auch in den imperialistischen Ländern außerhalb der USA und der UdSSR sei der nationale und nicht der Klassenwiderspruch der Hauptwiderspruch.

Auch an anderer Stelle verfälscht die KPD den Widerspruch zwischen den unterjochten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus, besonders den beiden Supermächten, andererseits. Die KPD erklärt unter Ziffer 8 in ihrer Formulierung: „Die Völker, Nationen und Staaten der Dritten Welt sind heute die Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus". Natürlich ist die Dritte Welt die Hauptkraft in diesem Kampf. Diese Formulierung setzt aber gewissermaßen voraus, daß innerhalb der Dritten Welt die **Völker** die entscheidende Kraft sind. Die Völker und die Staaten der Dritten Welt aber **gleichberechtigt** als Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus hinzustellen, ist nicht nur eine Verfälschung der Wirklichkeit, sondern ein Schlag ins Gesicht der gegen Imperialismus und einheimische Reaktion kämpfenden Völker.

Die Formulierungen der KPD zur gegenwärtigen Lage in der Welt stehen im offensichtlichen Widerspruch zu den von ihr zuvor allgemein anerkannten grundlegenden Widersprüchen. Offensichtlich ist die KPD auch der Ansicht, man könne nicht mehr generell von zwischenimperialistischen Widersprüchen reden. Insbesondere hat sie es abgelehnt, die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten einerseits und den anderen imperialistischen Staaten als zwischenimperialistische Widersprüche zu bezeichnen.

Die Verwischung der grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt durch die KPD ist auch der Kern der unter den Ziffern 8 und 9 a/b des Kommuniques zum Ausdruck kommenden Widersprüche. Unsere Partei hält die Stärkung der breiten internationalen Einheitsfront gegen den Imperialismus, besonders die beiden Supermächte, und die Reaktionäre aller Länder für die **grundlegende** Aufgabe der kommunistischen Weltbewegung. Die Einheitsfront gegen die beiden Supermächte ist eine richtige und notwendige Konzentrierung des Kampfes auf die Hauptfeinde im Weltmaßstab und als solche Teil des Kampfes gegen Imperialismus und Reaktion und dieser grundlegenden Aufgabe untergeordnet. Die KPD dagegen hält die Einheitsfront gegen die beiden Supermächte für das grundlegende und lehnt es ab – entgegen dem in dem Kommunique zitierten Passus des Vorschlags zur Generallinie der chinesischen Genossen – die Notwendigkeit einer breiten Einheitsfront gegen Imperialismus und Reaktion anzuerkennen. Auf den ersten Blick mag diese Differenz nicht bedeutend erscheinen. Aber hier geht es um die Frage, ob man wirklich ohne Einschränkung den revolutionären Kampf der unterdrückten Völker und Nationen unterstützt oder ob man die Unterstützung ihrer revolutionären Kämpfe auf die Unterstützung des Kampfes gegen die beiden Supermächte reduziert. Die unterdrückten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpfen gegen die Unterjochung durch den Imperialismus, gegen die einheimischen Lakaien des Imperialismus und gegen den Feudalismus. Auch gegenwärtig ist in einigen dieser Länder der Widerspruch der Volksmassen zum Feudalismus der Hauptwiderspruch. Das schließt nicht aus, daß einige der reaktionären Regimes dieser Länder gewisse positive Maßnahmen unternehmen oder unterstützen, die sich in irgendeiner Weise gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte richten. Wer den Kampf gegen die beiden Supermächte als das grundlegende ansieht, wird immer versucht sein, Interessen der Völker preiszugeben. Nur wer an der Einheit des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker gegen Imperialismus und Reaktion festhält, kann wirkliche Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker üben.

Um es noch einmal klarzustellen: Generell steht der Kampf gegen die beiden Supermächte keineswegs im Widerspruch zum Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, sondern bedeutet vielmehr eine gewaltige Stärkung dieses Kampfes und seine Konzentrierung auf den Hauptfeind. Das bedeutet aber nicht, daß ein solcher Widerspruch in Einzelfällen nicht auftreten kann. Unter den Kommunisten darf es in dieser Frage keinen Zweifel über ihre grundlegenden Aufgaben geben. Wir meinen, daß es bei der KPD bereits Tendenzen gegeben hat, grundlegende Interessen der Völker nicht zu unterstützen. Das betrifft vor allem den Kampf des portugiesischen Volkes, das betrifft in einigen Fällen auch die Haltung der KPD gegenüber Solidaritätsaktionen mit dem Kampf der Völker Spaniens und des Iran.

Die in den Formulierungen der KPD enthaltenen Verfälschungen und Verwischungen der grundlegenden Widersprüche und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen laufen nach Einschätzung unserer Partei auf folgende äußerst gefährliche Revisionen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung hinaus:

1. Der Kampf gegen den Imperialismus wird auf den Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte reduziert.
2. Die imperialistischen Staaten außer den beiden Supermächten werden verharmlost und im Grunde nicht mehr als imperialistisch behandelt und bekämpft.
3. Der notwendige Kampf gegen die beiden Supermächte wird mißbraucht, um von der in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern als strategische Aufgabe auf der Tagesordnung stehende Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats durch die sozialistische Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats abzulenken.
4. Die Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker gegen Imperialismus und Reaktion wird auf die Unterstützung des Kampfes gegen die beiden Supermächte (in der Tendenz nur noch gegen den russischen Sozialimperialismus) eingeschränkt.

Kommen wir zu der Frage, die uns wahrscheinlich eine Reihe von Genossen der KPD stellen werden: Lehnt die KPD/ML die Auffassung von den drei Welten ab? – Wer die Wahrheit in den Tatsachen und nicht in Verleumdungen sucht, wird erkennen, daß die Formulierungen unserer Partei in dem Kommunique voll und ganz der Auffassung von den drei Welten entspricht. Die Auffassung von den drei Welten stellt eine Einteilung der Kräfte in der Welt dar, die der Analyse der grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt entspricht, diese aber nicht außer Kraft setzt. Die KPD versucht dagegen, die Analyse der grundlegenden Widersprüche durch die Einteilung in die drei Welten zu ersetzen. Wir halten es nicht für einen Zufall, daß in der von der KPD zu den Gesprächen mit unserer Partei vorgelegten November-Erklärung ihres Zentralkomitees eine Bestimmung der grundlegenden Widersprüche fehlte. Das wird durch die in den Formulierungen der KPD in dem Kommunique enthaltenen Verfälschungen der grundlegenden Widersprüche bestätigt.

Die KPD macht in der ideologischen Auseinandersetzung die Frage der „drei Welten" immer wieder zum entscheidenden Kriterium dafür, ob eine Partei oder eine revolutionäre Organisation auf dem Boden der Generallinie steht oder nicht. Das ist falsch und schädlich. Die marxistisch-leninistische Weltbewegung verbindet eine gemeinsame Einschätzung der Weltlage und der aus ihr resultierenden Kampfaufgaben. Das ist völlig unabhängig davon, ob eine Partei die Formulierung von den drei Welten benutzt oder nicht. Es ist bekannt, daß eine Reihe von marxistisch-leninistischen Parteien, darunter auch die Partei der Arbeit Albaniens, die Formulierung von den drei Welten bislang nicht benutzt hat. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, daß die KPD bestimmte korrekte Positionen der KP Chinas angegriffen hat, versucht hat, Widersprüche zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien zu konstruieren, wie im nationalen Rahmen so auch international Spaltung zu betreiben. Eine Haltung, die gegenwärtig nicht die gemeinsame Einschätzung der Weltlage durch die marxistisch-leninistische Weltbewegung, sondern die Übernahme der Formulierung von den drei Welten zur entscheidenden Frage erhebt, ist in der gleichen Weise spalterisch und muß in der gleichen Weise bekämpft werden.

Im Rahmen dieses Artikels konnten wir nur auf die Frage der Verfälschung der grundlegenden Widersprüche durch die KPD eingehen. Der ROTE MORGEN Nr. 24 wird als Beilage eine ausführliche Stellungnahme unserer Partei zu dem Kommunique enthalten, in der wir im einzelnen auf die im Kommunique festgehaltenen Fortschritte und Widersprüche eingehen werden. Wir sehen das Zustandekommen des Kommuniques auch als ein Ergebnis des scharfen ideologischen Kampfes gegen die Leugnung bzw. Verfälschung der Generallinie durch die KPD an, wie er vor allem seit 1974 von unserer Partei, aber auch von Genossen innerhalb der KPD, geführt worden ist. Dieser prinzipienfeste ideologische Kampf muß weitergeführt werden. Er ist der einzige Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten.

DIE HINDERNISSE FÜR EINE PRINZIPIENFESTE EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN MÜSSEN AUSGERÄUMT WERDEN!

Zu den opportunistischen Positionen der GRF (KPD)

VERLAG ROTER MORGEN

In Kürze erscheint im Verlag ROTER MORGEN diese neue Broschüre der Partei zur Politik der GRF (KPD) mit dem Titel: „Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden!"

Die Broschüre kann nach Erscheinen bei der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus bestellt werden.

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

1967 – 1969

Dieser Sammelband enthält sämtliche Nummern des ROTEN MORGEN aus der Zeit von 1967 bis 1969. Er dokumentiert, daß die KPD/ML auf korrekten Grundlagen gegründet wurde und zeigt die Entwicklung der Partei in den ersten drei Jahren ihres Kampfes.

Zu bestellen bei:

Verlag G. Schneider
46 Dortmund, Postfach 30 05 26

Bei den Verhandlungen um das „Gemeinsame Kommunique der KPD/ML und der KPD zu wichtigen Fragen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung" wurde zugleich vereinbart, daß jede Organisation einen Kommentar der anderen zum Kommunique in ihrem Zentralorgan abdruckt. Aus diesem Grund veröffentlichen wir auf dieser Seite des ROTEN MORGEN einen Artikel des ZK der KPD zum „Gemeinsamen Kommunique der KPD/ML und der KPD zu wichtigen Fragen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung". Wir haben auf der nächsten Seite dazu Stellung genommen. Der Beitrag der KPD/ML zum „Gemeinsamen Kommunique", den wir auf Seite 7 abgedruckt haben, erscheint zugleich in der „Roten Fahne".

Der Marxismus-Leninismus bildet die theoretische und politische Basis der Einheit!

Vorwärts im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten!

Liebe Genossen der KPD/ML!

Wie wir werdet Ihr schon in den ersten Tagen nach der Veröffentlichung des gemeinsamen Kommuniques zu wichtigen Fragen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung festgestellt haben, daß das Zustandekommen dieses Kommuniques von vielen klassenbewußten Arbeitern und fortschrittlichen Menschen in unserem Land begrüßt wird. Mit Recht! Denn das Kommunique bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in ganz Deutschland, obwohl nicht in allen Fragen Einigkeit erzielt werden konnte. Auch die gegenseitige Darlegung unterschiedlicher Auffassungen kann zur Einheit beitragen, denn sie dient der ideologischen Klarheit und ohne die können wir im Kampf um die Einheit keinen Zentimeter vorankommen. „Die Einheit ist" – wie Lenin gesagt hat – „eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus!"

Das Kommunique zeigt, daß in einer Reihe grundlegender Fragen Übereinstimmung zwischen Eurer und unserer Partei besteht. So besteht Übereinstimmung über die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, darüber, daß „die Kardinalfrage der proletarischen Revolution ... in der gewaltsamen Machtergreifung, in der Zerschlagung des Staatsapparats der Bourgeoisie, in der Errichtung der Diktatur des Proletariats und im Ersatz des bürgerlichen Staates durch den proletarischen Staat (besteht)." Es besteht Einigkeit über die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Beide Parteien begreifen den modernen Revisionismus als den Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung. Beide sehen die Notwendigkeit der Weiterführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. Beide erklären, daß Kriege unvermeidlich sind, solange der Imperialismus existiert und daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges heute vom Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft ausgeht und daß die Kriegsgefahr vor allem vom russischen Sozialimperialismus droht.

Auch zu Fragen, in denen Euer Zentralkomitee in den vergangenen Monaten geschwankt oder fehlerhafte Auffassungen vertreten hat, ist im Kommunique gemeinsam Stellung genommen worden. – Das begrüßen wir besonders und hoffen, daß die Übereinstimmung in diesen Fragen nicht nur verbal, sondern ernsthaft und tiefgehend ist. Freilich wird erst die Auseinandersetzung über Strategie und Taktik der Revolution in unserem Land zeigen, wie weit die Einheit in diesen Fragen wirklich geht. Das sind vor allem folgende Fragen:

- Das Verhältnis zwischen den Interessen der Revolution in unserem Land und den Interessen der Weltrevolution. Die Bedeutung des proletarischen Internationalismus.
- Die besondere Gefährlichkeit und Aggressivität des russischen Sozialimperialismus.
- Die Bedeutung des Kampfs gegen den modernen Revisionismus.

In der Roten Fahne vom 26. Mai haben wir zu diesen Fragen genauer Stellung genommen.

Worin bestehen demgegenüber die Kernpunkte und die Bedeutung der Differenzen? Bei der Einschätzung der **heutigen** Lage in der Welt geht Euer Zentralkomitee von der Existenz zweier Welten aus, wovon die eine aus den imperialistischen und kapitalistischen Ländern, einschließlich den beiden Supermächten, besteht und die andere aus den „Völkern und Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas". Es lehnt ab, daß die heutige Ausprägung der vier grundlegenden Widersprüche in der Welt in der Auffassung von der Existenz von drei Welten zusammengefaßt ist, die der Realität und der wissenschaftlichen Klassenanalyse vollständig entspricht.

Sieht man genauer hin, dann steht hinter der „Theorie der zwei Welten", die Euer Zentralkomitee vertritt, eine Überschätzung der Kräfte des Imperialismus und eine Unterschätzung der Kräfte der Weltrevolution, d.h. mangelndes Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklassen aller Länder und der Völker der Welt. Diese Theorie tut so, als hätte sich seit Beginn des ersten Weltkriegs kaum etwas geändert, als hätte sich die allgemeine Krise des Kapitalismus nicht gewaltig verschärft, als wären die Kräfte des Kapitalismus und Imperialismus nicht Schritt für Schritt weiter isoliert worden, auch wenn dies kein gradliniger Prozeß ist. Sie tut so, als wäre der Kampf der Staaten um Unabhängigkeit, der Nationen um Befreiung und der Völker um Revolution nicht Teil des weltrevolutionären Prozesses, als wäre die Tendenz zur Revolution nicht zu einer breiten, unwiderstehlichen Strömung geworden. Diese breite weltrevolutionäre Strömung steht unter der Führung der Arbeiterklassen aller Länder und der sozialistischen Länder, ihre Hauptkraft ist heute die **Dritte Welt**. In der „Theorie der zwei Welten" dagegen hat der Kampf der Staaten der Dritten Welt ebensowenig Platz wie die Tatsache, daß unter den heutigen Bedingungen auch in einem Land der zweiten Welt der Kampf zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit unter der Führung der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung gesetzt werden kann, daß auch diese Kämpfe zum Niedergang des imperialistischen Weltsystems beitragen. Aus dieser „Theorie der zwei Welten" folgt also die Isolierung der Kräfte der Revolution im Weltmaßstab. Es liegt auf der Hand, daß das auch auf die nationale Strategie Auswirkungen hat. Sehen wir uns das Beispiel des Kampfs gegen die Weltkriegsgefahr und der Vorbereitungen auf den Kriegsfall an: Weder die Konstellation des 1. Weltkriegs, noch die Konstellation des 2. Weltkriegs wird sich vollkommen gleichartig wiederholen. Es ist deshalb müßig, wenn Euer Zentralkomitee mit der einen Konstellation gegen die andere zu argumentieren versucht, wie in der jüngsten Erklärung des KPD/ML-Präsidiums geschehen. Vielmehr müssen wir aus den Erfahrungen der Arbeiterklassen und ihrer Parteien in beiden Weltkriegen lernen.

Im ersten Weltkrieg dominierten auf beiden Seiten die imperialistischen Raubinteressen. In ausnahmslos allen Ländern mußte damals die Antwort des Proletariats heißen: Richtet die Gewehre gegen die eigene Bourgeoisie! Es gab in diesem Krieg keine unterdrückten Völker und Nationen, die eine eigenständige, von den imperialistischen Raubinteressen unabhängige Politik hätten betreiben können. Aber schon damals warnte Lenin davor, das Jahr 1914 als Maßstab für alle Zeiten anzusehen. Lenin hat schon damals unsere heutige Situation klarer vorausgesehen, als dies Eure Führung heute tut.

Bis zur Zeit des 2. Weltkriegs waren wichtige Veränderungen vor sich gegangen, die Genosse Dimitroff damals so zusammenfaßte: „Heute gibt es: 1. Einen proletarischen Staat, der das stärkste Bollwerk des Friedens ist; 2. bestimmte faschistische Angreifer; 3. eine Reihe von Ländern, denen die unmittelbare Gefahr eines Überfalls faschistischer Angreifer sowie der Verlust ihrer staatlichen und nationalen Unabhängigkeit droht; 4. andere kapitalistische Staaten, die im gegenwärtigen Augenblick an der Erhaltung des Friedens interessiert sind." (G. Dimitroff, Die Einheitsfront des Kampfes für den Frieden, 1936) Auf Grundlage dieser Einschätzung konnte die Kommunistische Internationale die Kommunistischen Parteien der vom Hitler-Faschismus besetzten Länder auffordern, den Hauptschlag ihres Kampfes gegen den Hitler-Faschismus zu richten, in erster Linie um die nationale Unabhängigkeit zu kämpfen. War es etwa falsch, wenn die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei auf ihrem VII. Parteitag im April 1936 zu Verteidigung der Republik aufrief? Und hat etwa das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale am 14. Juni 1939, in seiner Direktive über „die neue Lage in der Tschechoslowakei und die Aufgaben der Partei" zu Unrecht folgendes festgestellt? „Die Grundlinie für die Partei ist, daß der Kampf mit voller Kraft **gegen die hitlerische Fremdherrschaft** als den **Hauptfeind** konzentriert sein muß. Daraus geht die Linie des breitesten Zusammenschlusses der Kräfte des Volkes in einer einheitlichen nationalen Front von der Arbeiterschaft über die Bauernschaft und die kleinbürgerlichen Schichten der Städte bis zu jenen bürgerlichen Elementen hervor, die durch den Druck der deutschen Gewalt geneigt sind, von der bisherigen kapitulantenhaften und gleichgeschalteten Haltung abzurücken und mit dem Volk gemeinsam die Position des Widerstandes gegen die deutsche faschistische Vergewaltigung zu beziehen."

Gegenüber der Zeit des 2. Weltkriegs hat sich die Herrschaft des Imperialismus nicht gefestigt – im Gegenteil: die Völker der Welt haben gewaltige Siege errungen, das Kolonialsystem des Imperialismus ist weitgehend zusammengebrochen, die allgemeine Krise des Kapitalismus ist weiter vorangeschritten. Umso günstiger sind die Bedingungen dafür, eine internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte aufzubauen und ihnen, sollten sie trotz allem einen Weltkrieg vom Zaun brechen, den gerechten revolutionären Krieg entgegenzustellen. Auch wenn ein zukünftiger Krieg als imperialistischer Krieg beginnen sollte – die Völker der Welt, die Arbeiterklassen und ihre kommunistischen Parteien werden alles daran setzen, diesen Krieg in einen gerechten Krieg zu verwandeln. Auf der gerechten Seite in diesem Krieg werden dann alle friedliebenden Völker und Staaten kämpfen.

Genossen der KPD/ML!

Die „Theorie der zwei Welten" führt Euer Zentralkomitee auch zu der Auffassung, der Widerspruch zum Sozialimperialismus in der DDR sei kein nationaler Widerspruch, sondern unmittelbarer Klassenwiderspruch. Hinter dieser Auffassung lauern antileninistische Auffassungen, die, wenn sie nicht bekämpft werden, die Arbeiterklasse in einem Teil unseres Landes in die Niederlage führen können.

- Die Gefahr eines neuen Ultraimperialismus, der die Existenz sich verschärfender Widersprüche zwischen dem Sozialimperialismus und der Neuen Bourgeoisie der DDR leugnet, der so tut, als sei die DDR Teil der Sowjetunion.
- Wie schließlich soll der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der DDR angegangen werden, wenn die Seite der Bourgeoisie durch die russische Bourgeoisie gebildet wird? Wie soll die Revolution durchgeführt werden? Wie soll in diesem Widerspruch das Proletariat in der DDR zur Hauptseite werden? Der einzige Weg zur Lösung des **Klassenwiderspruchs**, des Widerspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie führt über den **Sturz** der Bourgeoisie, nicht über die Vertreibung der Bourgeoisie. Wie aber soll die Arbeiterklasse in der DDR die **russische** Bourgeoisie stürzen?

Das Ergebnis der Linie Eures Zentralkomitees läuft darauf hinaus, daß die Revolution in der DDR erst dann siegreich sein könne, wenn die Arbeiterklasse der Sowjetunion sich zum Sturz der sozialfaschistischen Klassenherrschaft erhoben hat, daß der Staatsapparat in der DDR erst zerschlagen werden könne, wenn die russische Bourgeoisie **als Klasse** niedergeschlagen wird. Das Ergebnis ist also: Unmöglichkeit der Revolution in einem Land, vollständige Abhängigkeit des Siegs der Revolution in der DDR von der Entwicklung der Revolution in der Sowjetunion. Solche Theorien sind in der Geschichte schon einmal vertreten worden und schon einmal auf dem Misthaufen gelandet. Sie sind Kernstücke des Trotzkismus. Trotzki schrieb: „Ohne auf die anderen zu warten, **beginnen** wir den Kampf auf nationalem Boden und setzen ihn hier fort, in der vollen Überzeugung, daß unsere Initiative dem Kampf in den anderen Ländern einen Anstoß geben wird; wenn das aber nicht geschehen sollte, dann wäre es aussichtslos zu glauben ... daß zum Beispiel ein **revolutionäres Rußland einem konservativen Europa gegenüber sich behaupten ... könnte.**" (Zitiert nach: Stalin, Werke, Bd. 8, S. 228) Genau in dieselbe Richtung führt es, wenn man die Niederschlagung der Klassenherrschaft der russischen Bourgeoisie zum Gegenstand der Revolution in der DDR macht, dann kann man die Revolution in der DDR zwar „beginnen" und „fortsetzen", aber man kann die Klassenherrschaft des Proletariats nicht behaupten ohne die Revolution in der Sowjetunion selbst. Wenn man den Widerspruch zum Sozialimperialismus dagegen als den nationalen Widerspruch zu einer fremden imperialistischen Macht begreift, wie es der Wirklichkeit entspricht, dann ergibt sich daraus die Möglichkeit der Lösung dieses Widerspruchs durch den nationalen Befreiungskrieg unter der Führung des Proletariats. Dann kann in der ununterbrochenen Revolution die Diktatur der Bourgeoisie zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichtet werden. Und heute wie damals gilt, was Lenin und Stalin entwickelt haben: Nämlich, daß die Arbeiterklasse **eines** Landes mit ihren eigenen Kräften und im Vertrauen auf sie, in der Lage ist, die Macht zu ergreifen, sie zu behaupten und den Sozialismus aufzubauen, daß sie mit ihren eigenen Kräften in der Lage ist, die Bourgeoisie zu schlagen. Für diese Wahrheit hat auch der Kampf der chinesischen und der albanischen Arbeiterklasse hervorragende Beispiele geliefert. Dies ist möglich, wenn sie unter Führung einer wahrhaft revolutionären Partei steht, die von der Einsicht ausgeht, die Genosse Mao Tsetung so formuliert hat: „Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen."

Genossen der KPD/ML!

In dieser kurzen Stellungnahme konnten wir nur auf einige wenige Fragen, die im Zentrum des ideologischen Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten stehen, eingehen. Studiert in den kommenden Wochen und Monaten die Zentralorgane beider Parteien, führt die Auseinandersetzung im Bewußtsein der Verantwortung, die Ihr gegenüber der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten habt.

Das Vorgehen Eures Zentralkomitees, das im Roten Morgen zusammen mit dem Kommunique über die Generallinie ein Interview mit einer aus unserer Partei ausgeschlossenen Genossin abdruckt, die über den erfolgreichen Kampf zweier Linien, der in dieser Stadt stattgefunden hat, schweigt, ist ein schlechtes Beispiel für den Kampf um die Einheit. Auch wir hätten in dieser Nummer über Austritte und Ausschlüsse aus Eurer Partei in Bremen, Hamburg oder Westberlin schreiben können. Aber wir hielten es für wichtiger auf die Ergebnisse des Kommuniques, auf die Gemeinsamkeiten und auf die Differenzen einzugehen, Differenzen, die auch zu der ausgeschlossenen Genossin bestehen. Dies dient dem Kampf um die Einheit mehr.

Genossen der KPD/ML!

Der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer Partei muß in den kommenden Monaten verstärkt fortgesetzt werden. Weder dürfen die öffentlichen Diskussionen eingestellt werden, noch die Gespräche auf zentraler Ebene unterbrochen werden. Eure und unsere Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse unseres Landes, gegenüber unserem Volk und den Völkern der Welt ist groß.

Vorwärts im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in ganz Deutschland!

Vorwärts im Kampf um ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland!

Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe die Weltrevolution!

"Der Marxismus-Leninismus bildet die theoretische und politische Basis der Einheit"

Kommentar zum Artikel der 'Roten Fahne'

Eine wesentliche Einschätzung des gemeinsamen Kommuniques, das im letzten ROTEN MORGEN als Beilage veröffentlicht wurde, ist in dem Artikel dieser Ausgabe „Ein Erfolg im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten" wiedergegeben. Ausführlicher werden wir dazu in der nächsten Ausgabe des ROTEN MORGEN noch eingehen. Hier wollen wir nur auf einige Fragen eingehen, zu denen die GRF in ihrem Artikel auf der Vorseite Stellung bezieht.

1. Der Vorwurf von der „Theorie der zwei Welten"

Wer die Erklärungen der KPD/ML in dem gemeinsamen Kommunique aufmerksam gelesen hat, wird leicht feststellen können, daß die KPD/ML bei der Einteilung der Kräfte in der Welt keineswegs von „zwei Welten" – von imperialistischen und kapitalistischen Ländern, einschließlich der beiden Supermächte, einerseits und andererseits von den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas – ausgeht. Hier wird bewußt von der GRF-Führung ein Pappkamerad aufgebaut, um ihn leicht abknallen zu können. – Mit den wirklichen Positionen der KPD/ML hat dies jedoch nichts zu tun.

Sehr wohl weiß unsere Partei zu unterscheiden zwischen den beiden imperialistischen Supermächten, den größten internationalen Ausbeutern, Unterdrückern und Kriegstreibern, von denen der russische Sozialimperialismus die noch gefährlichere Supermacht ist, und auf der anderen Seite den anderen kapitalistischen und imperialistischen Staaten. Diese Unterscheidung dient dazu, um im internationalen Maßstab die Kräfte gegen die beiden imperialistischen Supermächte zu konzentrieren. Doch – und **darin liegt allerdings ein grundlegender** Unterschied zur GRF – benutzt unsere Partei diese Unterscheidung keineswegs dazu, den westdeutschen Imperialismus als imperialistische Macht vor der Arbeiterklasse zu beschönigen und den Kampf für den Sturz des westdeutschen Imperialismus ins zweite Glied zu rücken. Auch sind wir der Meinung, daß der Kampf der unterdrückten Staaten gegen die beiden Supermächte gewisse Bedeutung hat, jedoch die unterdrückten Völker und Nationen bilden ohne Zweifel die Hauptkraft im Kampf gegen Hegemonismus und Imperialismus.

Gewiß, auch wir sind der Ansicht, daß seit dem 1. Weltkrieg hervorragende Änderungen in der Welt stattgefunden haben. Aber wie alle Marxisten-Leninisten gehen wir – wie Genosse Tschou En Lai es auf dem X. Parteitag der KP Chinas formulierte – davon aus:

„Stalin sagte: ‚Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution.' das ist vollkommen richtig. Nach dem Tode Lenins sind in der Tat gewaltige Veränderungen vor sich gegangen. Aber die Epoche bleibt unverändert, die Grundprinzipien des Leninismus sind nicht überholt und bleiben nach wie vor die theoretische Grundlage, von der sich unser Denken leiten läßt."

Und genau hier liegt der prinzipielle Unterschied zwischen der KPD/ML und der GRF darin, daß die KPD/ML die gewaltigen Veränderungen in der Welt nicht als Vorwand benutzt, um Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus über Bord zu werfen, sondern diese Prinzipien entschieden verteidigt.

2. „Die KPD/ML übersieht wichtige Veränderungen bis zur Zeit des 2. Weltkrieges"

Die Verwischung der grundlegenden Prinzipien des Leninismus wird auch da deutlich, wie die GRF in ihrem Kommentar auf den Kampf der vom Hitlerfaschismus besetzten Länder eingeht. Der Zweck der Übung ist, wie noch zu zeigen ist, eindeutig: der westdeutsche Imperialismus, ja sogar der US-Imperialismus sollen als „nicht aggressive" Staaten hingestellt werden, die gemeinsam mit den friedliebenden Völkern eine gerechte Seite eines imperialistischen Krieges bilden könnten.

Was die Aufgaben der Kommunistischen Parteien in den vom Hitlerfaschismus besetzten Ländern damals anbetraf, so müssen wir die GRF fragen, warum sie nicht auf die erste. Phase des 2. Weltkrieges eingeht, als dieser als Krieg zwischen den imperialistischen Ländern begann? Gewiß, Dimitroffs zeitweilige Einteilung der imperialistischen Staaten in aggressive und solche die vorübergehend nicht am Krieg interessiert waren, war vollkommen richtig. Aber niemals hat Genosse Dimitroff diese **zeitweilige** Unterscheidung der imperialistischen Mächte als eine **grundlegende** Unterscheidung ausgegeben. Denn das hätte bedeutet, zu vergessen, daß es sich auch bei den zeitweilig nicht am Krieg interessierten Staaten um imperialistische Staaten handelte.

Deshalb führte Genosse Dimitroff auch zu Beginn des 2. Weltkrieges aus, was die GRF-Führung immer wieder zu unterschlagen sucht:

„Wurden die genannten europäischen Staaten früher in aggressive und nicht aggressive geteilt, das heißt in solche, die unmittelbar Kriegsbrandstifter waren, und solche, die damals noch nicht offen als Aggressoren auftraten, obwohl sie hinter den Kulissen die Aggression gegen andere Länder förderten, so entspricht diese Teilung jetzt nicht mehr der Wirklichkeit. Dieser Unterschied ist verschwunden. Mehr als das. Gerade die englischen und französischen Imperialisten treten jetzt in der Rolle der eifrigsten Anhänger der Fortführung und weiteren Schürung des Krieges auf!" (Dimitroff Werke, Bd. II, S. 165 f).

Die entscheidende Ausrichtung für einen imperialistischen Krieg gab der 7. Weltkongreß der KOMINTERN unter der Berufung auf Lenin und Rosa Luxemburg, mit der Weisung:

„Für den Fall jedoch, daß – trotz aller Bemühungen der Arbeiterklasse ihn abzuwenden – ein neuer imperialistischer Weltkrieg ausbricht, werden die Kommunisten bestrebt sein, die im Kampf für den Frieden organisierten Kriegsgegner zum Kampf für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die faschistischen Hauptkriegstreiber, gegen die Bourgeoisie, für den Sturz des Kapitalismus zu führen." (Protokolle Bd. II, S. 1004, Siehe auch neue Broschüre zur GRF, S. 120).

Ist es ein Zufall, daß die GRF-Führung diese Ausrichtung des 7. Weltkongresses bisher so systematisch verschwiegen hat? Und ist es ein Zufall, daß sie sich gegen die Formulierung unserer Partei im gemeinsamen Kommunique wendet, die unter der Berücksichtigung der eingetreten Veränderungen sinngemäß diese Weisung übernahm? Nein.

Wenn die GRF stattdessen nur von der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen revolutionären Krieg spricht, oder sagt, daß auf der gerechten Seite alle friedliebenden Staaten und Völker stehen, so ist das nicht falsch. Aber diese Formulierung wird solange eine unglaubwürdige schwammige Gummi-Feststellung bleiben, wie die GRF versucht, die Einteilung in aggressive Staaten und Staaten, die nicht am Krieg interessiert sind, auf die heutige Weltsituation schematisch zu übertragen. Vor allem wird diese Formulierung unglaubwürdig, solange die GRF neben der notwendigen Betonung der Aggressivität des russischen Sozialimperialismus versucht, die anderen imperialistischen Staaten, ja sogar den US-Imperialismus, in eine gegenwärtig nicht aggressive Kraft umzuinterpretieren. Das kann man nicht etwa nur in einzelnen Artikeln der „Roten Fahne" finden, wo die Anwesenheit von US-Besatzertruppen in Westdeutschland als notwendig hingestellt wird. Auch mit ihrer Schulungsbroschüre „Gegen die wachsende Kriegsgefahr – stärkt die internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte", die nach wie vor verkauft wird, versuchte die GRF-Führung massiv diese Linie innerhalb und außerhalb ihrer Organisation durchzusetzen. Dort heißt es z. B.:

„Entsprechend kann – solange die europäischen Länder nicht über genügend eigene Verteidigungskraft verfügen – nicht für den Abzug der USA-Truppen z. B. aus der BRD eingetreten werden, wenn man nicht die sozialimperialistische Gefahr verharmlosen und den Vormarsch der sowjetischen Sozialimperialisten erleichtern will. Die Forderung nach dem Abzug der USA-Truppen ist, zumindest was die BRD betrifft, erst dann aktuell, wenn die europäischen Staaten dem Ziel der Unabhängigkeit und Einheit gegenüber den imperialistischen Supermächten einen entscheidenden Schritt näher gekommen sind." (S. 68/9)

Hier zeigt sich in aller Offenheit, was sich hinter dem Angriff der GRF verbirgt, wenn sie unserer Partei vorwirft, nicht richtig zwischen den beiden imperialistischen Supermächten und den anderen imperialistischen und kapitalistischen Ländern zu unterscheiden: das Eintreten für den westdeutschen Imperialismus, ja sogar die Verharmlosung der amerikanischen Supermacht und die Duldung ihrer Besatzertruppen in Westdeutschland. Eine solche Position, die sich von der sozialistischen Revolution abkehrt, mit dem Namen Dimitroffs und der KOMINTERN auch noch rechtfertigen zu wollen – dagegen kämpft die KPD/ML allerdings mit aller Entschiedenheit an. **Um so ermutigender für die Einheit der Marxisten-Leninisten ist es, daß durch den Kampf vieler Genossen in der GRF und ihren Massenorganisationen in Verbindung mit der prinzipienfesten Kritik der Partei an dieser kapitulantenhaften Linie diese Position inzwischen soweit Schiffbruch erlitten hat, daß auch die GRF-Führung diesen offenen Kniefall vor dem US-Imperialismus über kurz oder lang zurücknehmen muß.**

3. Wer führt den Kampf der Arbeiterklassse in der DDR in die Irre?

Auch dort, wo der GRF-Artikel zum Kampf in der DDR Stellung nimmt, setzt er sich nicht mit den wirklichen Positionen der Partei auseinander, sondern erfindet welche, weil er die korrekte Stellungnahme der Partei nicht widerlegen kann. Wann hat denn unsere Partei je behauptet, daß der russische Sozialimperialismus erst insgesamt – d. h. vor allem in der Sowjetunion – gestürzt werden muß, bevor seine Herrschaft in der DDR gestürzt werden kann? Niemals. Sondern unsere Partei hat stets festgestellt, daß die Herrschaft des russischen Sozialimperialismus über die DDR durch die Zerschlagung des Vasallen-Regimes in der DDR und die Verjagung der sowjetischen Besatzungstruppen gestürzt werden muß – durch die proletarische Revolution. Die KPD/ML hat seit jeher gegen alle Positionen einen beständigen Kampf geführt, die darauf hinauslaufen, daß erst die Supermächte weltweit geschlagen sein müßten, bevor in einzelnen Staaten die sozialistische Revolution siegen kann. Deshalb sind auch die Vorwürfe des Trotzkismus, die die GRF in ihrem Kommentar erhebt, schlichtweg dummes Zeug.

Viele Genossen werden sich fragen, warum die GRF in ihrem Artikel die Vorrangigkeit des nationalen Widerspruchs „nur" auf die DDR beschränkt, obwohl sie doch in der „Roten Fahne" 6/76 eindeutig feststellte, daß der nationale Widerspruch in ganz Deutschland der Hauptwiderspruch sei. Noch klarer führte es das Politbüro der GRF Ende Januar 1976 aus in der Zusammenfassung einer Stellungnahme des ZK der GRF:

„Bei der Festlegung des Hauptwiderspruchs für ganz Deutschland muß der Teilung der Nation und der vollständigen Unterjochung des einen Teils Deutschlands durch den sowjetischen Sozialimperialismus großes Gewicht beigemessen werden. Deshalb ist für ganz Deutschland bereits jetzt der nationale Widerspruch der Hauptwiderspruch und nicht erst dann, wenn auch noch der zweite Teilstaat seine Unabhängigkeit vollständig verloren hat, militärisch besetzt ist oder durch eine sozialfaschistische Machtergreifung im Innern in Abhängigkeit vom sowjetischen Sozialimperialismus geraten ist." („Zur Frage des Hauptwiderspruchs in Deutschland" S.2)

Und wenn es in der gleichen Stellungsnahme weiter heißt:

„Die Bestimmung des nationalen Widerspruchs als Hauptwiderspruch für ganz Deutschland muß nicht zur Konsequenz haben, daß dadurch der Klassenwiderspruch in beiden Teilen Deutschlands abgeschwächt oder der Klassenkampf reguliert werden muß". (aaO. S.3)

– dann zeigt das deutlich, welch gefährliche Überlegungen in den Köpfen der GRF-Führung herumspuken. Angesichts dessen ist es ein Fortschritt im Kampf für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten, wenn die GRF-Führung diese Einschätzung heute nicht mehr nach außen zu tragen wagt.

Dennoch aber – und das zeigt die Stellungsnahme der GRF-Führung in ihrem Kommentar zum Kampf in der DDR deutlich, trägt sie zumindest hinsichtlich der DDR weiterhin den Gedanken mit sich herum, wie man den Klassenkampf einschränken oder regulieren kann. Dabei sucht sie sogar noch den Eindruck zu erwecken, als sei dies gerade der konsequente Weg, den die Arbeiterklasse in der DDR gehen müsse, um sich zu befreien. Der Trick aber mit dem die GRF-Führung ihre Linie zu verschleiern sucht, ist nicht schwer zu durchschauen. Sie setzt Fremdherrschaft in einem kapitalistischen Land kurzerhand damit gleich, daß dann der nationale Widerspruch der Hauptwiderspruch sein müsse. Selbstverständlich gewinnt unter der Fremdherrschaft der nationale Widerspruch stark an Bedeutung, doch in den kapitalistischen Ländern bleibt der Klassenwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie (dann in erster Linie zur fremden Bourgeoisie) der Hauptwiderspruch.

So stellte Genosse Mao Tsetung 1937 – in einer Situation also, wo die faschistischen Hauptkriegstreiber Deutschland, Italien, Japan klar erkennbar darauf aus waren, auch entwickelte kapitalistische Länder unter ihre Herrschaft zu bringen, ohne „wenn" und „aber" fest:

„So bilden zum Beispiel in der kapitalistischen Gesellschaft die beiden gegensätzlichen Kräfte, Proletariat und Bourgeoisie, den Hauptwiderspruch." (AW, Bd. 1, S. 388).

Die GRF jedoch berücksichtigt bei der Herrschaft des russischen Sozialimperialismus in der DDR lediglich den nationalen Widerspruch zwischen dem russischen Sozialimperialismus und dem deutschen Volk. Der Klassenwiderspruch jedoch fällt bei ihr dabei unter den Tisch. Sie gibt damit die proletarische Revolution auf.

Genau dies zeigt sich auch darin, daß die GRF gegenüber der ostdeutschen Bourgeoisie gefährliche Illusionen hegt. Natürlich gibt es Widersprüche zwischen den russischen Sozialimperialisten und der ostdeutschen Bourgeoisie, die im Interesse der Revolution ausgenutzt werden müssen. Es ist sogar auch richtig, Anstrengungen zu unternehmen, einzelne bürgerliche Elemente, die bereit sind, gegen den russischen Sozialimperialismus zu kämpfen, in die Front gegen ihn einzubeziehen. Vollkommen opportunistisch, ja sogar reaktionär wird es, wenn man zugunsten dieser bürgerlichen Elemente jedoch den Klassenkampf der ostdeutschen Arbeiterklasse gegen die Herrschaft der russischen Sozialimperialisten und auch der ostdeutschen Bourgeoisie zurückzerren will. Genosse Stalin sagte auf dem XIX. Parteitag der KPdSU 1952 zur Rolle der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern:

„Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation, sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein stellte sie ‚über alles'. Jetzt ist vom ‚nationalen Prinzip' auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben, und vorantragen werden müssen, wenn sie Patrioten ihres Landes sein, wenn sie die führende Kraft der Nation werden wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte."

Worin hat sich die Bourgeoisie geändert? Heute verkauft die Bourgeoisie die Rechte und Unabhängigkeit der Nation gegen Rubel und/oder Dollar! Es ist offensichtlich, daß die GRF-Führung mit ihren Illusionen über die ostdeutsche Bourgeoisie von der Generallinie der kommunistischen Parteien abweicht. Die KP Chinas stellte 1963 zur Moskauer Erklärung von 1960 fest:

„Tatsache ist, daß viele richtige Auffassungen, die von der KP Chinas und den Delegationen anderer Bruderparteien zu wichtigen prinzipiellen Fragen vorgebracht wurden, in der Erklärung Aufnahme fanden. Die Absichten . . . daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen in bestimmten entwickelten kapitalistischen Ländern, die unter der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft des USA-Imperialismus stehen, den Hauptstoß gegen diese Herrschaft, sowie gegen das Monopolkapital und die anderen Kräfte der inneren Reaktion, die die Interessen der Nation verraten, richten müssen." (Polemik S. 98/9).

Damals war der US-Imperialismus der Hauptfeind – heute ist dieses Prinzip gegenüber beiden Supermächten anzuwenden und unsere Partei wendet es in der DDR, die unter der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft des russischen Sozialimperialismus steht, korrekt an. Die GRF dagegen versucht die DDR-Bourgeoisie aus der Schußlinie zu nehmen, obwohl gerade diese neue Bourgeoisie unzählige Male bewiesen hat, daß sie auch die nationalen Interessen gegenüber dem russischen Sozialimperialismus vollständig verrät und verkauft.

Genosse Enver Hoxha stellte 1963 zum Kampf in den revisionistischen Ländern fest:

„In diesen Ländern ist daher die Wiederbelebung und die Entfachung des Feuers der proletarischen Revolution eine absolut notwendige Vorraussetzung zur Rettung. Wie der Verlauf der Ereignisse zeigt, gibt es keinen anderen Weg, der der Diktatur des Proletariats und dem Sozialismus etwas Gutes und Dauerhaftes bringen könnte." (Enver Hoxha, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Verlag Roter Morgen, S. 126).

Daran hat sich, trotz der wachsenden nationalen Unterdrückung durch den russischen Sozialimperialismus nichts geändert. (Vgl. besonders die Sendungen von Radio Tirana, in denen sehr häufig über den Kampf in den revisionistischen Ländern berichtet wird, und die Stellungsnahme der KP Polens, die unter schwierigsten Bedingungen den Kampf der polnischen Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats anführt.)

Unsere Partei hat seit ihrer Gründung im Kampf für das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland auch das nationale Banner erhoben und wird es in Ost- und Westdeutschland weiter vorantragen. Doch an der Spitze des Kampfes muß das rote Banner der sozialistischen Revolution stehen. Gegen alle antimarxistischen Auffassungen, die die nationale Befreiung zum Vorwand nehmen, um von der sozialistischen Revolution abzulenken, wird die KPD/ML deshalb einen unerbittlichen Kampf führen.

Welthandelskonferenz in Nairobi

Bonner Imperialisten gegen gerechte Forderungen der Entwicklungsländer

In der vergangenen Woche ist in Nairobi die 4. Welthandelskonferenz der UNO (UNCTAD) zu Ende gegangen. Auf der Konferenz wurde über die Forderungen der Entwicklungsländer, die sich in der „Gruppe 77" zusammengeschlossen haben, verhandelt. Bis zuletzt stellten sich die westdeutschen Imperialisten, die auf der Konferenz mit Wirtschaftsminister Friderichs und Minister Bahr vertreten waren, gegen die Forderungen der Entwicklungsländer. Erst buchstäblich im letzten Augenblick stimmten sie, nachdem sie gemeinsam mit den US-Imperialisten vollständig isoliert waren, lediglich der Fortführung der Verhandlungen auf weiteren Konferenzen zu.

Die Forderungen der Entwicklungsländer richten sich dagegen, daß die Imperialisten seit Jahren ständig die Rohstoffpreise der Entwicklungsländer senken und damit diese Länder um ihre Reichtümer betrügen. Zum einen tun die Imperialisten dies, indem ihre Monopole auf dem Weltmarkt direkt die Rohstoffpreise zu diktieren versuchen, aber auch dadurch, daß die Imperialisten ihre Preise für Industrieerzeugnisse ständig für die Entwicklungsländer erhöhen. Dagegen fordern die Entwicklungsländer, daß ein gemeinsames Rohstofflager der Entwicklungsländer angelegt wird – finanziert von Erzeuger- und Verbraucherländern –, um auf diese Weise sich gegen die Preisdiktate zu wehren und zugleich die Rohstoffpreise an die Preise für Industrieerzeugnisse der Imperialisten zu binden. Darüber hinaus stellten die Entwicklungsländer die gerechte Forderung auf, daß die Schulden, in die sie die Imperialisten getrieben haben, ihnen erlassen werden.

Die US Imperialisten raubten von 1960 bis 1973 allein durch ungleichen Handel den Entwicklungsländern 29 Milliarden Dollar. Die Profite, die sie aus diesen Ländern abziehen, betragen das Dreifache ihrer Kapitalinvestitionen. Auf jeden zehnten Dollar des Nationaleinkommens des amerikanischen Haushaltes entfällt ein Dollar aus der Ausbeutung der Entwicklungsländer! Nicht anders betreiben die russischen Sozialimperialisten die Plünderung dieser Länder. Mit Krediten, die sie auch noch frech „sozialistische Hilfe" nennen, bringen sie diese Länder in ihre Schuld, um sie dann zu zwingen, diese Schulden mit Rohstoffen zu bezahlen zu Preisen, die um 10% bis 15% unter dem Weltmarktpreis liegen. Andererseits zwingen die russischen Sozialimperialisten diesen Ländern ihre Erzeugnisse zu 15% bis 20% über dem Weltmarktpreis auf. Dabei machen sie sich mit Vorliebe die Schwierigkeiten dieser Länder zunutze. Ägypten ist dafür ein flagrantes Beispiel. Ein anderes ist Indien. Als Indien z.B. 1975 in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckte veränderte Moskau kurzerhand einseitig den Wechselkurs des Rubels gegenüber der indischen Rupie, so daß Indien der Sowjetunion 4 Milliarden Rubel mehr als vereinbart zahlen mußte.

Die westdeutschen Imperialisten verfügen zwar nicht über die gleiche Macht und den Einfluß der beiden Supermächte, doch sie sind nicht anders als diese Räuber und Plünderer der Entwicklungsländer. Auch sie bedienen sich dabei in der Öffentlichkeit einer unverschämten Demagogie. Wer kennt nicht die Hetzartikel in der BILD-Zeitung oder in anderen bürgerlichen Presseorganen, wo es stets heißt, daß Millionen Mark Entwicklungshilfe an die Entwicklungsländer gezahlt werden, dort aber für goldene Autos verschleudert würden. Woraus bestehen denn diese Gelder für Entwicklungshilfe? Zum einen sind dies Kredite, die den westdeutschen Imperialisten das Mehrfache wieder einbringen, oder aber es sind Gelder, die an wirtschaftliche und politische Bedingungen geknüpft werden, die wiederum den westdeutschen Imperialisten Vorteile verschaffen, die ihren Einfluß in diesen Ländern verstärken und sich gegen die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit dieser Länder richten.

Gerade die westdeutschen Imperialisten bedienen sich bei ihrem Eindringen in diese Länder besonders hinterhältiger Methoden. Sie geben vor, als kleinere Macht neben den beiden Supermächten, diesen Ländern tatsächlich auf der Ebene der „Gleichberechtigung" und der „Partnerschaft" Unterstützung gewähren zu wollen. Doch ihr Gerede von „Gleichberechtigung" und von „Partnerschaft" ist ein einziger Betrug. Wessen „Partner" die westdeutschen Imperialisten tatsächlich sind, das zeigten sie in aller Deutlichkeit gerade auf der Konferenz in Nairobi, wo sie sich von vornherein an die Seite beider Supermächte und vor allem an die Seite des US-Imperialismus gegen die Forderungen der Entwicklungsländer stellten. Sie lehnten jede Forderung der Entwicklungsländer rundum ab. Ihr Ziel, das sie gemeinsam mit den beiden Supermächten bei diesen Verhandlungen verfolgen, lautet, die Entwicklungsländer vom Kampf gegen den Imperialismus abzuhalten und an den Verhandlungstisch zu ketten, um auf diese Weise die Probleme zu verschleppen. Ihre Hoffnungen laufen darauf hinaus, im Verlauf der Verhandlungen die Front der Entwicklungsländer spalten zu können, um so ihr imperialistisches Diktat durchsetzen zu können. So versuchten die US-Imperialisten gemeinsam mit den westdeutschen Imperialisten, statt eines gemeinsamen Rohstoffonds der Entwicklungsländer einzelne Fonds vorzuschlagen, um die Front zu spalten. In Bezug auf die Schuldentilgung der Entwicklungsländer gaben sie ebenfalls lediglich eine „Erklärung des guten Willens" ab, was letztlich nichts besagt, außer daß die Verhandlungen hingezogen werden sollen.

Bereits schon einmal haben die US-Imperialisten vorexerziert, daß für sie der „Dialog" nur ein Vorwand ist. Damals ging es um die Verhandlungen mit den Erdölförderländern. Die Ölländer erhielten bei diesem „Dialog" das „Recht", sich die Raubpläne der Wallstreet-Strategen anzuhören. Als sie sich diesen Plänen widersetzten, gingen die US-Imperialisten dazu über, offen mit der Besetzung der Rohstoffquellen durch amerikanische Truppen zu drohen. Was deutlicher zeigt den verlogenen Charakter der „Verhandlungen" von Seiten der Imperialisten.

Doch die Imperialisten täuschen sich, wenn sie glauben, auf diese Weise den Kampf der Entwicklungsländer aus der Welt schaffen zu können. Die Entwicklungsländer haben in den letzten Jahren immer besser erkannt, welch unermeßliche Kraft sie im Kampf gegen die Imperialisten sind, wenn sie sich fest zusammenschließen und alle Spaltungsmanöver der Imperialisten zurückweisen. Wenn sie sich konsequent zum Kampf gegen den Imperialismus erheben, wird ihnen unbedingt der Sieg gehören. Viele Entwicklungsländer haben bereits die Taktik der Imperialisten, die hinter ihrem Gerede vom „Dialog" steckt, erkannt. Sie haben auf der Konferenz in Nairobi entlarvt, daß es den Imperialisten lediglich darauf ankommt, die bisherige Weltwirtschaftsordnung, in der das Diktat der Imperialisten herrscht, aufrechtzuerhalten, um weiterhin aus dem Blut und Schweiß der Völker der Entwicklungsländer ihren Reichtum zu schöpfen und die Armut in diesen Ländern zu vergrößern. Sie verurteilten den Imperialismus und Hegemonismus und betonten, daß die Entwicklungsländer die Ausbeutung und Unterdrückung durch die beiden Supermächte, aber auch durch andere Imperialisten, abschütteln und die alten Weltwirtschaftsbeziehungen mit ihren schweren Folgen für die Entwicklungsländer und ihre Völker zerschlagen müssen.

In diesem Kampf stehen die westdeutschen Imperialisten gemeinsam mit dem US-Imperialismus, aber auch mit der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus, in einer konterrevolutionären Front. Sie werden als Imperialisten niemals bereit sein, aus freien Stücken Verträge auf gleichberechtigter Ebene herzustellen. Allein der Kampf der Völker wird sie dazu zwingen können. **Es ist daher eine unbedingte Verpflichtung des westdeutschen Proletariats, in diesem Kampf fest an der Seite der unterdrückten Völker zu stehen, die Verbrechen und Raubzüge des westdeutschen Imperialismus anzuprangern und zu bekämpfen und den unterdrückten Völkern dieser Länder in ihrem Befreiungskampf jegliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen: den Sturz und die vollständige Zerschlagung des Imperialismus.**

Demonstration gegen das Schah-Regime

Mordterror des SAVAK gegen Revolutionäre

Vierhundert Menschen demonstrierten am Samstag, 28. Mai, in Köln gegen den Mordterror des faschistischen Schahregimes an den iranischen Revolutionären. Zu der Demonstration hatte die Föderation Iranischer Studenten – Mitglied der CISNU – aufgerufen. In den Block der KPD/ML hatten sich 85 Freunde und Genossen eingereiht.

Die Demonstranten riefen Parolen gegen das faschistische Schahregime wie: „Nieder mit dem faschistischen Schahregime, Handlanger des USA-Imperialismus!" und „Weg mit der Ausbeutung des Iran durch den BRD-Imperialismus!"

Seit einiger Zeit haben die Agenten des berüchtigten Geheimdienstes SAVAK eine beispiellose Jagd auf die iranischen Revolutionäre entfesselt. Seit Jahresbeginn ermordeten sie über 40 Revolutionäre und Patrioten. Die Agenten des SAVAK machen sich dabei nicht einmal die Mühe, ihre Mordtaten mit dem Deckmantel der faschistischen Gesetze des Iran auch nur notdürftig zu tarnen. Sie überfallen die Revolutionäre in ihren Wohnungen und ermorden sie kaltblütig. Sie umzingeln Menschen, die sie verdächtigen, Revolutionäre zu sein, auf offener Straße und schießen sie nieder. Über 100 000 politische Gefangene sitzen in den Kerkern des faschistischen Schahregimes. Die meisten von ihnen werden grausam gefoltert, um sie zu Aussagen zu zwingen und Geständnisse zu erpressen. Zahlreiche Gefangene starben an den durch die Folter erlittenen Mißhandlungen. Für alle besteht höchste Lebensgefahr.

In diesem Jahr feiert der Henker der Völker des Iran, Schah Pahlewi, den 50. Jahrestag der Machtergreifung durch seine Familie. In diesen 50 Jahren verkauften die Pahlewis im Auftrag der iranischen Feudalherren und der großen Bourgeoisie die Reichtümer ihres Landes an die ausländischen Imperialisten, beuteten die breiten werktätigen Volksmassen grausam aus und errichteten ein barbarisches, terroristisches Regime, um das Volk niederzuhalten. Auf den Bajonetten des amerikanischen Imperialismus kam 1953 der Schah an die Macht, nachdem er schon vor dem Kampf des Volkes ins Ausland geflohen war. Seitdem ist er der treueste Lakai und Kettenhund des amerikanischen Imperialismus.

Die guten Beziehungen des faschistischen Schahregimes zu den westdeutschen Imperialisten sind bekannt. Sie beruhen auf der Beteiligung der westdeutschen Monopolkapitalisten an der Ausplünderung der Reichtümer des Iran, an der Ausrüstung der faschistischen Armee durch westdeutsche Waffen und der Ausbildung zahlreicher Offiziere in den Schulen der Bundeswehr.

Unsere Solidarität gilt den Freiheitskämpfern im Iran und dem iranischen Volk, das sich im Kampf gegen das faschistische Schahregime und seine ausländischen imperialistischen Oberherren immer mehr zusammengeschlossen hat, um auf den Trümmern dieses Regimes einen freien und demokratischen Iran aufzubauen, in dem das Volk die Macht in den Händen hält.

Aus aller Welt

SPANIEN

Wie die Nachrichtenagentur APEP berichtet, überschreitet die Zahl der in Spanien im ersten Quartal dieses Jahres verhafteten Antifaschisten bereits die des Jahres 1975 zur Zeit des Henkerregimes Francos. Im ersten Quartal dieses Jahres fanden 721 Gerichtsprozesse statt, das heißt 35% mehr als in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres. In drei Monaten haben die Unterdrückungskräfte des monarcho-faschistischen Regime Juan Carlos' neun Antifaschisten getötet und Hunderte Arbeiter, Bauern und Studenten verwundet. Allein im April wurden über 1 500 Antifaschisten festgenommen. Diese Angaben zeigen, daß in Spanien der Franco-Terror auch ohne Franco fortgesetzt wird.

BELGIEN

Auch in Belgien lasten die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise schwer auf den Werktätigen. Die Kapitalisten führen Massenentlassungen durch, senken die Löhne und verschärfen die Arbeitshetze. Gegen diese Angriffe der Kapitalisten führten die belgischen Werktätigen mehrere Streiks und Demonstrationen durch. So traten am 17. Mai 15 000 Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Verkehrswesens in Brüssel, Antwerpen und anderen Städten in den Streik. Sie fordern höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze. Außerdem protestieren sie gegen die Massenentlassungen ihrer Kollegen.

USA

Schon seit einem Monat dauert der Streik von 70 000 Arbeitern der Gummi-Industrie in den USA an. Er begann am 20. April und dehnte sich auf 47 Fabriken der vier größten Gummiproduzenten des Landes aus. Die Streikenden verlangen bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und Überprüfung der ungerechten Arbeitsverträge, die ihnen von den Kapitalisten aufgezwungen worden sind. Durch diesen Streik sind den Kapitalisten, besonders den Produzenten von Autoreifen, große Schäden entstanden. Sie greifen deshalb jetzt zu Drohungen und Betrug, um die Arbeiter zu zwingen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Mit den streikenden Arbeitern haben sich auch ihre Kollegen in zahlreichen anderen Zweigen der Wirtschaft des Landes solidarisiert.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

JORDANIEN

Ein ranghoher Vertreter des russischen Sozialimperialismus, der stellvertretende Kriegsminister und Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte, Kulakow, besuchte Mitte Mai samt Gefolge Jordanien. Schon zwei Monate zuvor hatte der Vertreter der russischen Sozialimperialisten auf der Genfer Nahostkonferenz, Winogradow, Amman besucht. Kulakow wurde vom jordanischen König Hussein mit großer Herzlichkeit empfangen und erhielt, aus Dankbarkeit für die Unterstützung Jordaniens durch die Kremlzaren, gleich die höchsten Militärorden des Landes. Auch die Vertreter Moskaus überreichten im Namen ihrer Regierung dem Ammaner Regime Geschenke, in denen sie ihre freundschaftlichen Gefühle für das Regime bekundeten, das wegen seiner antipalästinensischen Haltung und als Spalter der arabischen Einheit bekannt ist. Dann aber kam man zum Geschäft und es wurden umfangreiche Waffenlieferungen der russischen Sozialimperialisten an die Armee des reaktionären Königs, des Mörders des palästinensischen Volkes, vereinbart. In Rivalität mit der anderen Supermacht, dem USA-Imperialismus, möchten die russischen Sozialimperialisten ihre Stellungen im Nahen Osten festigen, um ihre Hegemoniepläne in diesem Raum durchzusetzen. So diente der Besuch Kulakows in Jordanien und das damit verbundene Waffengeschäft dazu, den Einfluß des russischen Sozialimperialismus in Nahost zu stärken.

FARÖER

Am 1. Mai erschien auf den Faröer-Inseln die erste Ausgabe der marxistisch-leninistischen Zeitung „Arbeidid". Die Zeitung wird von der marxistisch-leninistischen Organisation „Oyggjaframi" herausgegeben, die auch an der 1. Konferenz der nordischen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen teilgenommen hat. „Arbeidid" ist die erste marxistisch-leninistische Zeitung auf den Faröern überhaupt.



ZIMBABWE

Die Patrioten haben weitere erfolgreiche Aktionen gegen das rassistische Ian-Smith-Regime unternommen. Die Nachrichtenagenturen berichten, daß die Freiheitskämpfer in diesen Tagen bis unmittelbar vor die Tore der Hauptstadt Salisbury vordringen konnten. In dem nur 50km von Salisbury entfernten Ferienort Mermaid's Pool kam es zu einem Gefecht zwischen den Befreiungskämpfern und Einheiten der rassistischen Armee. Die rassistischen Militärbehörden mußten bereits einen Teil der für die weißen Siedler gebauten Hotels schliessen, weil sie unter dem Beschuß der Freiheitskämpfer liegen. Bei Aktionen im südlichen Teil Zimbabwes gelang es den Befreiungskämpfern, drei rhodesische Soldaten zu töten.

OSTTIMOR

Sechs Monate lang dauert jetzt der Kampf an, den das Volk von Osttimor unter der Führung der FRETILIN gegen die indonesischen faschistischen Aggressoren führt. Heute ist die Lage infolge des Kampfes des Volkes von Osttimor sehr günstig. Über 80% des Landes sind bereits befreit. Im April haben die Freiheitskämpfer zwischen den Städten Ermera und Fatobesse eine indonesische Soldateneinheit von 800 Soldaten angegriffen und vollständig aufgerieben. Trotz des Einsatzes von inzwischen 50 000 Soldaten, trotz Terrors und Gewalt, gelingt den indonesischen Aggressoren die Besetzung Osttimors nicht. Im Gegenteil. Innerhalb der Aggressorenarmee wachsen die Widersprüche. Einige Truppenteile haben sich bereits geweigert, Operationen gegen die Befreiungskämpfer durchzuführen. Der Nachschub für die Soldaten ist teilweise völlig lahmgelegt, so daß die Soldaten kein frisches Fleisch mehr bekommen und sich in den Bergen eßbare Blätter sammeln, um ihren Hunger zu stillen. „Das Volk von Osttimor", heißt es angesichts dieser Lage in einem Funkspruch der FRETILIN aus Osttimor, „ist entschlossen, gegen die barbarische und schmachvolle bewaffnete Aggresssion bis zum endgültigen Sieg zu kämpfen."



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien



Türkei



DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

3 Jahre bewaffneter Freiheitskampf

Das Volk der Sahara will in Freiheit leben!

Am 20. Mai feierte die Front POLISARIO den 3. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Befreiungskampfes der Sahara gegen die faschistischen spanischen Kolonialherren. Heute sind an die Stelle der spanischen Faschisten neue Feinde getreten: die marokkanischen und mauretanischen Regime , die in die Sahara eingefallen sind, um sie unter sich aufzuteilen.

Hinter ihnen stehen, wie auch schon hinter den spanischen Faschisten, die amerikanischen Imperialisten und andere imperialistische Staaten. Das Volk der Sahara kämpft auch gegen die neuen Unterdrücker mit der Waffe in der Hand. In diesen Tagen startete es unter der Führung der FPOLISARIO eine neue Offensive an verschiedenen Fronten. Die Kämpfer drangen sogar in marokkanisches und mauretanisches Gebiet ein, um den Invasoren auf ihrem eigenen Gebiet den Weg in die Sahara abzuschneiden, und töteten dabei 169 feindliche Soldaten.

In dieser ausgezeichneten Lage konnte kürzlich die Tageszeitung der französischen Kommunisten Marxisten-Leninisten, „L'Humanite rouge" ein Gespräch mit Vertretern der FPOLISARIO führen, das wir im folgenden auszugsweise abdrukken.

„Die Probleme sind klar", **sagten die Vertreter der FPOLISARIO,** „Ein Volk kämpft um sein Recht auf Dasein, Freiheit und Unabhängigkeit – Rechte, die von allen internationalen Gremien anerkannt sind, von der UNO bis zur OAU, bis zum internationalen Gerichtshof. Marokko und Mauretanien, die mit dem alten Kolonialherren verbündet sind, haben sich uns entgegengestellt und unser Territorium gewaltsam angegriffen. Sie reden viel von angeblichen juristischen Ansprüchen auf unser Territorium. Der internationale Gerichtshof hat sich jedoch klar erklärt und das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung anerkannt. (. . .)"

Frage: „Können Sie uns etwas über das politische Programm und die Arbeit der FPOLISARIO sagen?"

Antwort: „Die FPOLISARIO ist aus den Hoffnungen unserer Volksmassen geboren und erfüllt ihren Willen. Die aktive Teilnahme der Massen ist der Motor unserer Bewegung. Unsere Front ist das Ergebnis der schöpferischen Kräfte unseres Volkes. Sie stützt sich auf die Fähigkeiten der Massen und führt die Kämpfe, die nur siegreich sein können dank der Hilfe und der Unterstützung der Volkskräfte. . . . Die Arabische Demokratische Sahara ist das Ergebnis des unbeugsamen Kampfes gegen die Besatzer. Unsere Republik entspricht den demokratischen Traditionen unseres Volkes, ebenso wie den Prinzipien der Zusammenarbeit, der Hilfe und der friedlichen Koexistenz mit der übrigen Welt. (. . .)"

Frage: „Können Sie uns ein Bild von der Geschichte des Unabhängigkeitskampfes des Volkes der Sahara und den Ursprüngen der FPOLISARIO geben?"

Antwort: „Die ‚Volksfront für die Befreiung von Saguiat el Hamra und Rio de Oro' – FPOLISARIO – ist keine spontane oder isolierte Bewegung. Sie setzt vielmehr den langen Kampf fort, den unser Volk während der Jahrhunderte geführt hat. Dieser Kampf, der am 27. Februar durch die Proklamation der Republik gekrönt wurde, ist ein Kampf für die Errichtung der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens, an denen unser Volk auf Grund seiner friedlichen Tradition großes Interesse hat. . . . Es dauerte bis 1967, ehe sich die ‚Bewegung für die Befreiung der Sahara' – MLS – bildete, die am 17. Juni 1970 mit einem Aufruf an das Volk den Bestrebungen Spaniens entgegentrat, das seither behauptete, die Sahara sei unabänderlich eine spanische Überseeprovinz. Seit diesem Augenblick ist unser Volk mehr denn je entschlossen, sein Vaterland mit allen Mitteln zu befreien. In diesem Augenblick trat die FPOLISARIO ans Licht der Welt, die den militärischen und politischen Kampf miteinander verbindet und die sehr bald bewies, daß Spanien schwach ist und nicht in der Lage, diese reiche Kolonie zu halten. Angesichts der schwierigen Bedingungen und des Wunsches unsere Volkes nach Unabhängigkeit und Freiheit, hat Spanien einen Krieg an Marokko und Mauretanien verkauft, den es selbst nicht gewinnen konnte. So kam es zur Spaltung statt zur Selbstbestimmung, die die UNO unserem Volk noch immer verspricht. Aber der Kampf geht weiter."

Frage: „Wer sind die Feinde des Volkes der Sahara?"

Antwort: „Es gibt zweierlei Feinde. Das sind die, die den Krieg mit ihren Söhnen führen und die, die davon dick und fett werden. Das heißt, es gibt ‚Unterimperialisten' und Imperialisten, die die ersteren bewaffnen und finanzieren. Die Reaktion war immer ein unbestreitbares Instrument des internationalen Imperialismus. Wer profitiert von diesem Krieg? Ist es das Volk von Maghreb? Nein, es leidet darunter. Wer will den Krieg? Diejenigen, die ihre Waffen schicken, um ihn in Gang zu halten und auszuweiten. Unser Volk hat zu den Waffen gegriffen, um in seinem Land in Frieden leben zu können. Unser Volk hat den Kolonialisten und Ausbeutern immer seine Feindschaft gezeigt und den Krieg weitergeführt, der ihm aufgezwungen wurde, damit es an seinen Herd zurückkehren und in Frieden mit seinen Nachbarn leben kann. . . . Der Kampf des Volkes der Sahara ist ein Kampf gegen Unterdrückung und Knechtschaft, der zu den antiimperialistischen Kämpfen gehört (. . .)"

Frage: „Welches Schicksal hat das Volk der Sahara unter der marokkanisch-mauretanischen Besatzung? Wie äußert sich sein Widerstand gegen diese Besatzung?"

Antwort: „Unser Volk hat die spanische Invasion vor fast einem Jahrhundert erlebt. Der spanische Faschismus versuchte mit allen Mitteln, den eigenständigen Charakter und die Unabhängigkeit unseres Volkes zu brechen und zwar mit den verschiedensten Methoden direkter und indirekter Art. Die marokkanisch-mauretanische Invasion begann mit Massakern und Exekutionen sowie mit Deportationen und jeder Unterdrückung und zwar um so härter, je mehr unser Volk widersteht. Dazu kommt, daß sie vor einer großen Manifestation des Volkes stehen – eine Sache, die für das undemokratische marokkanische Regime ganz unduldbar ist. Der barbarische und inhumane Charakter der neuen Aggressoren hat eine große Mehrheit unserer Volksmassen dazu gezwungen, ihr Heim zu verlassen und sich in der Wüste niederzulassen, da sie nicht bereit sind, die Tatsachen, die durch Gewalt geschaffen wurden, zu akzeptieren. In der Hauptstadt leben nicht mehr als eintausend Saharauis. Sie ist eine verlassene Stadt geworden, nicht anders als viele andere Städte, die völlig entvölkert sind.

Sprechen wir nicht von den Folterungen, von den Vertreibungen, den Morden, den Verbrechen. Alle diese Dinge kennt unser marokkanisches Brudervolk schon seit langem. Das Mindeste, was man vom Schicksal unserer Bevölkerung in den besetzten Städten sagen kann, ist, daß sie ständig in die Mündung von Gewehren blickt. Das ist Selbstbestimmung, wie sie der König (von Marokko – RM) und andere Expansionisten verstehen."

Frage: „Wie ist heute die militärische Lage?"

Antwort: „Heute haben sich die königlichen Streitkräfte in den Kasernen niedergelassen, die ihnen die ersten Kolonialisten bei ihrem Abzug hinterlassen haben. Obwohl wir nur wenige Waffen haben, die wir zum Teil vom Feind erbeuteten und nur wenig Munition, haben wir doch, dank des Willens und der Entschlossenheit unserer Kämpfer, den großen Unterschied, der sowohl vom materiellen, als auch vom menschlichen Gesichtspunkt aus bestand, ausgleichen oder zumindest verringern können.

Die heroischen Kämpfe, die unsere tapferen Guerilleros führten und täglich führen, sind der Beweis für die Unfähigkeit des Feindes, unser kleines Volk, das nur eine halbe Million Einwohner hat, auszurotten. Andererseits kann man hier nicht von einem klassischen Krieg sprechen, sondern nur von einem Guerillakrieg, der sich je nach den Bedingungen entwickelt. Die Operationen, die unsere Guerilleros durchführen und die jede ein ganz bestimmtes Ziel verfolgen, können ebenso auf unserem eigenen Territorium durchgeführt werden, wie jenseits unserer Grenzen. Die letzten Operationen fanden nahe Tan Tan und Quadan in Mauretanien statt. Die Invasoren setzen sich im wesentlichen an strategischen Punkten fest, wo sie ständig von unseren Guerilleros beunruhigt werden. Es ist ihnen fast unmöglich, außer mit Hubschraubern, die Stellung zu wechseln, denn unsere Kämpfer sind überall."



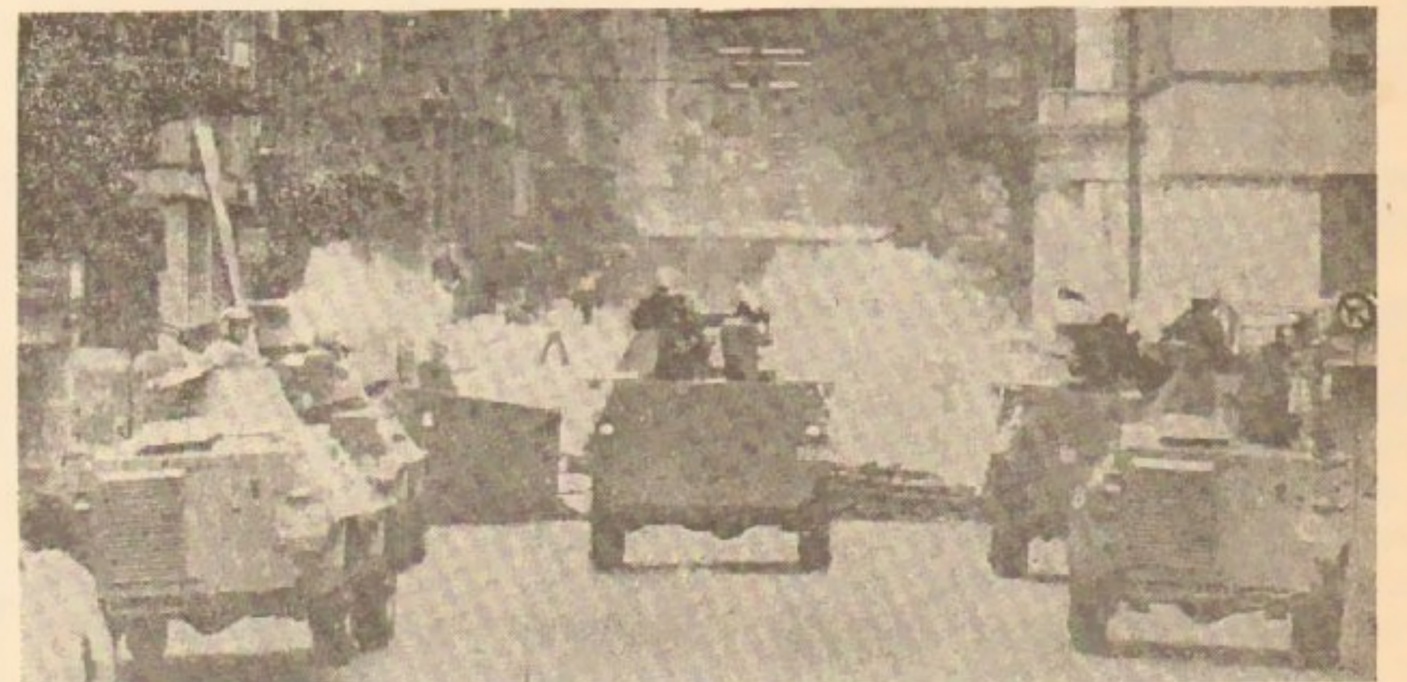
Das ganze Volk kämpft mit der Waffe in der Hand gegen die Aggressoren!

Panzer gegen demonstrierende Arbeiter

Barrikaden in Athen

In der Nacht zum 25. Mai hat das griechische Parlament ein neues Antistreikgesetz erlassen. Danach sollen künftig alle politischen Streiks der Arbeiter verboten sein. Zugleich wird festgelegt, daß bei einem Streik 20% der Arbeiter jedes Betriebes zwangsverpflichtet arbeiten müssen, „damit die Stillegung des Betriebes vermieden" wird. Das Gesetz enthält noch weitere reaktionäre Bestimmungen, wie z. B. die, daß Streiks nur noch von gerichtlich bestätigten Gewerkschaften ausgerufen und geführt werden dürfen.

Obwohl die Führer des griechischen „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes" dem gegen die Arbeiter gerichteten Gesetz ihre Zustimmung gaben, beantworteten die Arbeiter die Verabschiedung des Gesetzes mit Kampf. In Athen wurde der Generalstreik ausgerufen. Zehntausende von Arbeitern versammelten sich im Zentrum der Stadt zu einem riesigen Demonstrationszug. An der Spitze standen die schon im Kampf gegen das faschistische Regime der Junta kampferprobten Bauarbeiter.



Um die Demonstration der Arbeiter zu zerschlagen, ließ die griechische Regierung Panzerwagen auffahren. Im Hintergrund eine von den Arbeitern errichtete Barrikade.

Jetzt zeigte sich, daß auch die nach dem Sturz der Junta errichtete bürgerliche parlamentarische Demokratie nichts anderes ist als die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiter und Werktätigen. Um den Demonstrationszug der Arbeiter zum Parlament zu verhindern, ließ die Regierung Karamanlis schwerbewaffnete Polizei gegen die Arbeiter aufmarschieren. Die Polizei griff die Arbeiter mit Schlagstöcken und Tränengasbomben an und setzte zahlreiche Panzerwagen ein, die rücksichtslos in die Menge hineinfuhren. Bei einem dieser Einsätze überrollte ein Panzerwagen der Polizei eine 65 Jahre alte Frau und tötete sie.

Die demonstrierenden Arbeiter beantworteten die Angriffe der Polizei mit einem mutigen Kampf. Sie griffen ebenfalls zur Gewalt, um die Angriffe der Polizei zurückzuschlagen. Ein Steinhagel empfing die anrollenden Panzerwagen und die hinter ihnen anrückenden Einheiten der Polizei. Die Arbeiter bewaffneten sich mit Holzlatten und errichteten auf den Straßen der Innenstadt zahlreiche Barrikaden. Bei den Kämpfen wurden, den amtlichen Angaben zufolge, 46 Arbeiter verletzt. Die Polizei verhaftete weitere 45 Demonstranten.

Während die Arbeiter in Athen gegen das neue Antistreikgesetz kämpften, protestierte die Bevölkerung der Insel Rhodos gegen einen Besuch von Schiffen der 6. Flotte der amerikanischen Imperialisten im Hafen der Hauptstadt der Insel.

Als der amerikanische Flugzeugträger „America" am Kai festmachte, hatten sich schon Hunderte von empörten Menschen versammelt. Es gelang ihnen zu verhindern, daß Besatzungsmitglieder der „America" an Land gehen konnten. Auch hier griffen Einheiten der Polizei die Demonstranten an, um den amerikanischen Soldaten eine Gasse zu bahnen. Bei den Kämpfen mit der Polizei wurden drei Demonstranten verletzt, elf festgenommen. Es gelang der Polizei aber nicht, den amerikanischen Soldaten den Weg freizumachen. Das griechische Volk haßt die amerikanischen Imperialisten, die die faschistische Junta an die Macht gebracht haben, die in Griechenland zahlreiche Militärstützpunkte unterhalten und die Inseln der Ägäis als Stützpunkte für ihre Kriegsflotte mit Beschlag belegen, die ebenso wie die Flotte der anderen Supermacht, der russischen Sozialimperialisten, im Mittelmeer kreuzt und die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker bedroht.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Westberlin

Mieterkampf in der Forsterstrasse

Das Haus Forsterstraße 37 liegt im Westberliner Viertel Kreuzberg. Besitzer ist ein gewisser Fritz. Seine Methoden, die Mieten hochzutreiben, klingen haarsträubend. Aber sie sind typisch für einen bestimmten Kreis von Hausbesitzern in Altbauvierteln der Großstädte. Deshalb – und weil Hausbesitzer Fritz mit seinem Mietwucher auf den entschiedenen Widerstand der Hausbewohner traf – verdient das Haus Forsterstraße 37 allgemeineres Interesse.

Die Miete in diesem Haus erhöhte sich innerhalb von 6 Jahren um das Vierfache. Bei einer 2-Zimmer-Wohnung etwa von 108 DM auf 442 DM. Zuletzt stiegen die Mieten im August 1975: von 150 DM auf 244 DM (1-Zimmer-Wohnung) von 300DM auf 442 DM (2-Zimmer-Wohnung) und von 450 DM auf 580 DM (3-Zimmer-Wohnung). Die Begründung bei dieser wie bei allen Mieterhöhungen in den letzten Jahren hieß „Wertverbesserung".

Was hat es mit diesen „Wertverbesserungen" auf sich?

Das Haus ist seit 6 Jahren eine Baustelle. Hausbesitzer Fritz holte sich bis zu 12 jugoslawische Arbeiter, die zu verschiedenen Schwarzmarktpreisen beschäftigt wurden. Eine Arbeitserlaubnis wurde ihnen – aber auch nicht allen – von Fritz erst kurz vor Beendigung der gröbsten Bauarbeiten beschafft.

Ein Teil dieser Arbeiter wohnte gleichzeitig im Haus. Da viele der Wohnungen in einem sehr schlechten Zustand waren, ließ Fritz die Wohnungen von diesen Jugoslawen renovieren – und zwar mit seinem Material, aber auf ihre Kosten. Das ging manchmal so vor sich: Eingezogen wurde im 4. Stock. War die Wohnung renoviert, wurde die Miete erhöht und der ausländische Mieter gleichzeitig in eine andere, noch nicht renovierte Wohnung verlegt. War diese Wohnung renoviert, wurde auch hier die Miete erhöht.

Als allerdings im August 1975 erneut die Miete erhöht werden sollte, war das allen – deutschen und ausländischen Mietern – zuviel. Man versammelte sich und forderte die Anwesenheit des Hausbesitzers auf einer Mieterversammlung. Fritz erschien nicht. Seine Antwort: „Die Belange meiner Mieter interessieren mich nicht."

Daraufhin wurde ein Rechtsanwalt eingeschaltet, über den es immerhin in einigen Fällen gelang, eine gesetzwidrig verlangte Kaution einzuklagen. Im selben Zeitraum erschien ein Leserbrief in der Stadtteilzeitung der KPD/ML, im „Roten Kreuzberger", der die Probleme der Mieter im Viertel bekannt machte.

Hausbesitzer Fritz verdächtigte einen der Mieter, nennen wir ihn Z., der Urheber all dieser Aktivitäten zu sein. Fritz erstattete Anzeige gegen Unbekannt und verlangte gleichzeitig von allen Mietern, sich von diesem Leserbrief zu distanzieren. Kurz darauf erhielt Mieter Z. die erste Kündigung wegen Haltens einer Katze, Verschmutzung des Hofes durch einen Farbfleck und einiger Bohrlöcher in der Wohnung. Mit diesen Kündigungsgründen kam Fritz aber beim Gericht nicht durch.

Bei späteren Mieterversammlungen klärten sich die Fronten. Auf der Seite des Hausbesitzers standen drei Mietparteien: sein Hauswirt, seine Verwalterin und ein ausländischer Mieter. Die restlichen Mieter führten den Kampf fort. Durch ihre Geschlossenheit konnten sie drei weitere geplante Mieterhöhungen abblocken.

Vor kurzem erhielt der Mieter Z. die 3. Kündigung. In dieser wird ihm vorgeworfen, er hätte sich in das Mietverhältnis zwischen Mieter und Vermieter eingemischt, hätte den Hausfrieden gestört, Beleidigungen und Verleumdungen ausgestoßen usw. Von den Mietern des Hauses wurde dagegen eine Protestresolution verfaßt, die diese Angriffe energisch zurückwies.

Vor kurzem kam nun ein Vertreter des Bezirksamtes Kreuzberg, um die „Wertverbesserungen", also die Berechtigung für Mieterhöhungen, festzustellen. Vom Hausbesitzer wurden die Kosten pro Wohnungseinheit auf 25 000 DM veranschlagt (wofür er allerdings weder Rechnungen und Belege vorweisen kann). Enthalten in diesen 25 000 DM sind auch die Arbeitslöhne für die Renovierungen. Obwohl der Vertreter des Bezirksamtes gegenüber dem Mieter Z. erklärte, daß es bekannt sei, daß Fritz Arbeitskräfte illegal und für minimalen Lohn beschäftigt hatte, akzeptierte es den Kostenanschlag und fand auch eine Vergleichswohnung in Kreuzberg.

Ein „Ausrutscher" in unserem angeblich so sozialen Staat? Die Mieter meinen nicht. „Weil", so schreiben sie, „und dies beweist sich immer wieder, die Einrichtungen dieses Staates mit solchen Bürgern wie Fritz Hand in Hand arbeiten. Dieser Staat ist ein bürgerlicher Rechtsstaat und eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Dieser Staat ist ein Instrument der Reichen zur Unterdrückung und Ausbeutung. Gesetze werden nicht von der Mehrheit gemacht und nicht für die Mehrheit des Volkes ... Eines Tages aber werden diese Ordnung, dieser Staat, seine Ausbeuter und Helfer von den Arbeitern gestürzt und vernichtend geschlagen werden. Dann werden auch Mieter müheloser, friedlicher, nicht ausgesaugt leben können."

Propaganda für chilenische Faschisten

300 bis 400 Personen sollen nach dem Plan des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises e. V. im November nach Chile reisen. Der Zweck dieser Reise wird in einem dazu verfaßten Memorandum unverblümt genannt: die Reisenden sollen nach ihrer Rückkehr die Verbrechen der chilenischen Junta, die zahllosen Verhaftungen, Folterungen und Morde durch „freundliche Schilderungen" vertuschen. Wörtlich heißt es: „Die Propagandawirkung in Deutschland wäre zweifellos groß."

Initiiert wurde dieser Plan vom chilenischen Konsul für Bayern und Baden-Würtemberg, freudige Unterstützung fand er bereits in der bayrischen Landesregierung, aber auch bei verschiedenen Bundestagsabgeordneten.

Die Bereitschaft westdeutscher Politiker, einem Regime, das auf der ganzen Welt wegen seiner Verbrechen verhaßt ist, solche Propagandahilfen zu leisten, mag auf den ersten Blick verwundern. Aber sie hat ihre Gründe. Und diese Gründe liegen in den Profitinteressen der westdeutschen Imperialisten.

Denn nach dem faschistischen Putsch in Chile wuchs auch das Interesse deutscher Kapitalisten, in Chile zu investieren. Denn die Bedingungen für sie, das chilenische Volk auszuplündern, hatten sich damit entscheidend verbessert. An der Spitze steht nach wie vor die chemische und die pharmazeutische Industrie. Aber auch Daimler-Benz besitzt ein Lastwagenwerk in Chile. Die Metallgesellschaft Frankfurt/Main, die Norddeutsche Affinerie (über die Deutsche Gießdraht GmbH) usw. sind an der Ausplünderung chilenischer Bodenschätze beteiligt. Die Firma Heckler&Koch liefert automatische Handfeuerwaffen an das faschistische Regime. Westdeutsche Banken verdienen am Kreditgeschäft in Chile.

In Anbetracht dieser Tatsachen ist es nicht verwunderlich, daß auch die Bundesregierung das chilenische Regime massiv unterstützt. Sie war sofort nach den USA-Imperialisten – als einziges Land in Westeuropa – bereit, dem chilenischen Regime die Schulden (über 60 Mio) umzuverteilen. Nach wie vor werden auch chilenische Offiziere in der Bundeswehr ausgebildet.

Die geplante Propagandatour für das faschistische Regime liegt also keineswegs allein im Interesse einiger „unverbesserlicher" CDUler, wie man auf Grund der Berichterstattung der bürgerlichen und besonders der revisionistischen Presse vermuten könnte. Dahinter steht das Interesse derjenigen, die mit Hilfe des faschistischen Terrors in Chile ihre Profite machen: das Interesse der westdeutschen Imperialisten.

Garlstedt

Protest gegen US-Stützpunkt



Manöver der US-Besatzer in Ost-Niedersachsen

Wie die Bundesregierung kürzlich bekanntgab, sollen in Garlstedt bei Bremen nicht nur 2 800, sondern 3 800 Soldaten der US-Besatzer stationiert werden. Diese US-Brigaden werden im Rahmen der Verstärkung der Truppen des US-Imperialismus in Westdeutschland eingesetzt. Die Bundesregierung hatte in verschiedenen Gebieten Norddeutschlands versucht, einen US-Stützpunkt für diese Besatzertruppen zu errichten. Doch die Pläne scheiterten an dem Widerstand der Bevölkerung. Schließlich einigte man sich in Bonn auf Garlstedt. Doch auch die Bevölkerung von Garlstedt wehrt sich dagegen, daß die Garlstedter Heide in ein Manövergebiet der US-Besatzertruppen verwandelt wird. Für die Bevölkerung bedeutet das, daß Sperrgebiete errichtet werden, die nur von den ausländischen Besatzern betreten werden dürfen, während der Bevölkerung der Zutritt verboten wird. Dazu kommen ständiger Fluglärm, Panzerkolonnen, die Landwirtschaft, Felder und Straßen zerstören, Vertreibung von Bauern, deren Felder nach jahrzehntelanger Bewirtschaftung zu Sicherheitsgebieten für die ausländischen Besatzer erklärt werden. Die Bevölkerung von Garlstedt jedoch ist nicht bereit, dies hinzunehmen. Sie will ihre Aktionen gegen die Errichtung des US-Stützpunktes weiterführen und verstärken.

Biblis

Kampf gegen KKW

Jeder, der nicht wie er für den Bau von Kraftwerken sei, gehöre ins Gefängnis, das erklärte vor kurzem Bürgermeister Seib von Biblis.

Biblis am Rhein ist der Standort des zur Zeit größten Kernkraftwerkes der Welt. Die Bedrohung für die rund 3 Millionen des Rhein-Main-Gebietes soll nun mit dem geplanten Bau eines weiteren Kraftwerkes, dem Block C, noch größer werden.

Die Empörung der Bevölkerung ist groß. Der Staat ist dagegen bereit, wie die anfangs zitierte Äußerung von Bürgermeister Seib zeigt, den Bau dieses weiteren Kraftwerkes mit allen Mitteln durchzusetzen.

So wurde auch zunächst eine für den 23.5. angekündigte Großkundgebung gegen den Bau des Kraftwerkes von der Stadt wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" verboten. Die Meldung über dieses Verbot und ein knapper Widerruf am nächsten Tag waren im übrigen auch die einzigen Meldungen, die in der Heimatzeitung „Südhessische Post" über die bevorstehende Großkundgebung zu finden waren. Man versuchte sie also totzuschweigen.

Trotzdem erschienen aber rund 1 000 Menschen auf der Kundgebung. Genossen der ROTEN GARDE Bergstraße waren ebenfalls dort. Sie führten mit den Teilnehmern interessante Gespräche und berichteten dabei auch von den Erfahrungen der Bevölkerung von Wyhl, die von den Rednern auf der Kundgebung totgeschwiegen wurden. Dabei verkauften sie 32 ROTE MORGEN.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag G. Schneider Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600—465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg. Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Veranstaltungen

MARKELFINGEN

Am Sonntag, dem 6. Juni 1976, findet in Markelfingen eine Veranstaltung zum Thema „Was will die ROTE GARDE?" statt. 18 Uhr, „Seelenhof".

Die ROTE GARDE Baden-Württemberg lädt zum Lilo-Herrmann-Zeltlager in Markelfingen/Bodensee ein. Zeitpunkt: vom 5. bis 7. Juni 1976. Auskunft und Anmeldung im Stuttgarter Parteibüro.

HAMBURG

Am 12. 6. um 18 Uhr in: Gaststätte „Zum alten Sängerheim" Kulturabend „Lob des Kommunismus" zur neuen Schallplatte